

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland. III.	313	Lohnbewegungen. Vom Streik in den russischen Goldwäschereien. — Streiks und Aussperrungen	323
Wirtschaftliche Rundschau	317	Arbeiterversicherung. Die Beteiligung an den Krankenkassenvertreterwahlen	325
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke VI. — Ein norwegischer Landarbeiterverband	318	Gewerbegerichtliches. Gewerbegerichtswahlen in Köln und Mannheim	327
Kongresse. Die 15. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und die 5. Generalversammlung des Verbandes der Zigarrensortierer und Stickenbelleber Deutschlands	320	Audere Organisationen. Aus der polnisch-nationalistischen Gewerkschaftsbewegung	327
		Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen	328

Hierzu: Literatur-Beilage Nr. 5.

Rückblicke auf die Bergarbeiterstreiks in Großbritannien und Deutschland.

III.

Um auf alle über die Ursachen, den Verlauf und die Wirkungen des Märzstreiks im Ruhrkohlengebiet verbreiteten Unrichtigkeiten, Unwahrheiten und absichtlichen Entstellungen einzugehen, müßte man ein Buch schreiben. Darum seien hier nur die allergrößten Merikal-kapitalistischen Märchen besprochen. Die wichtigste Vorbedingung für den Erfolg einer Lohnbewegung ist natürlich eine gute Konjunktur im Gewerbe. Die Geschichte der Bergarbeiterbewegung weist zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Lohnkämpfen auch sehr schwach organisierter Belegschaften in Zeiten günstigen Geschäftsganges auf. Die Streikbruchorganisatoren haben ihren Leuten vorgeschwindelt und behaupten immer noch, die derzeitige industrielle Konjunktur sei für eine aussichtsreiche Lohnbewegung nicht geeignet. Dem widersprechen die seit vielen Monaten stark steigenden Förder- und Produktionsziffern. Einer der bedeutendsten Ruhrzechenbesitzer, Herr v. Waldhausen, erklärte im März 1912 in der Generalversammlung der Zeche Friedrich der Große, die Lage des Kohlenmarktes sei „äußerst günstig“; das Syndikat nehme „die ganze Förderung der Zechen auf“, was seit dem Hochkonjunkturjahr 1907 nicht wieder der Fall gewesen ist! Die Tatsache der Kohlenpreiserhöhungen ab 1. April wie auch das seit Monaten anhaltende umfangreiche Ueberhöchstenverfahren sind ebenfalls Beweise für die bedeutende Zunahme des Kohlen-, Koks- und Brikettsabfahes. Die deutsche Roheisenerzeugung übertraf schon 1911 die der besten früheren Jahre, und in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres sind die bisherigen Rekordziffern noch überholt worden. Es betrug die Roheisenerzeugung im jeweiligen ersten Quartal 1909: 4,09, 1910: 4,72, 1911: 5,10, 1912: 5,52 Millionen Tonnen. Die Eisen- und Stahlindustrie ist bekanntlich die Massentonsumentin von Kohlen und Koks. Der Stahlwerksver-

band verbandte 1911 mehr A- und B-Produkte wie in jedem vorherigen Geschäftsjahre. Die Verbandssteigerung hielt 1912 an. Seit Juli 1911 sind die Preise für Roheisen, Halbzeug, Bleche, Stabeisen usw. um 2 bis 12,50 M. pro Tonne erhöht worden! Die Ueberhöchsten der Zechen- und Hüttenwerke pro 1910 waren schon erheblich gestiegen, pro 1911 sind noch höhere Ueberhöchsten ausgewiesen. Dennoch wagen die Streikbruchführer von einer „ungünstigen“ Konjunktur zu schwindeln und den Streikleitern Unkenntnis der Marktlage vorzuwerfen. Ja, in einem vom „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften“ vertriebenen Flugblatt (betitelt „Dummheit oder Verbrechen“?), wird sogar gesagt, der „Zeitpunkt“ für einen Lohnkampf im Bergbau „war der schlechteste“! Das ist selbstredend erst recht eine bewusste Lüge, die übrigens auch durch eine eklatante Selbstbezüglichung nachgewiesen wird.

Es ist nämlich in den zwecks Organisierung des Massenstreikbruchs abgehaltenen Versammlungen seitens Merikaler Gewerksvereinsredner „mit Entrüstung“ der Vorwurf zurückgewiesen worden, „der Gewerksverein wolle oder dürfe überhaupt nicht mehr streiken.“ Das sei nicht wahr. Man müsse aber abwarten; wenn die ab 1. April (!) versprochene Lohnerhöhung nicht eintrete, dann sei auch der Gewerksverein kampfbereit! Hinterher suchte man nun diese unbequeme Vorladung einer Kampfbereitschaft als eine „sozialdemokratische Erfindung“ wegzudisputieren. Nun aber bringt das Organ des Hirsch-Dunderföhen Bergarbeitergewerksvereins (Nr. v. 11. Mai 1912) einen Versammlungsbericht aus Sulzbach im Saarrevier. Dort versuchte der „christliche“ Bezirkssekretär D I m e r t den Streikbruch im Ruhrgebiet zu verteidigen und erklärte schließlich:

„... man hätte den 1. April (!) abwarten müssen; wenn dann die Werksbesitzer ihr Versprechen nicht gehalten hätten, dann hätten die Christlichen mitgestreikt!“

Den Streik am 1. April mitzumachen, „wenn die Werksbesitzer ihr Versprechen nicht gehalten

stellt ist. Den Werksbesitzern sei nicht der Anspruch zugesichert, während der neunstündigen Schicht der Grubenarbeiter die Kohlenförderung selbst dann ununterbrochen im Gange halten zu dürfen, wenn dies nur durch eine, der Absicht des Gesetzes nicht entsprechende, Einführung einer größeren Anzahl von Belegschaftsgruppen mit verschiedenen An- und Ausfahrtszeiten möglich sein sollte; die Unterteilung der Belegschaftsgruppen sei über die Zahl der Betriebsabteilungen, welchen eine gewisse Selbständigkeit zugesprochen werden könnte, weit hinaus.

Wie es die Werksbesitzer anstellten, um den angestrebten Zweck: die Durchbrechung der Neunstundenschicht zu erreichen, ist nun klar: Sie zerteilten die Gesamtarbeiterschaft des Bergbaues in einzelne Belegschaften, weil (angeblich) der § 4 des Gesetzes vom 21. Juni 1884, wo von der Arbeitsdauer im allgemeinen die Rede ist, besondere Vorkehrungen für dringliche und unaufschiebbare Arbeiten als zulässig anerkannt und also auch für Werkstage im Rahmen der Schichtordnung und durch dieselbe gleiche Vorkehrungen getroffen werden können. Allein bei der Schichteinteilung handelt es sich nicht um derlei Arbeiten, sondern um den regelmäßigen Betrieb durch die Arbeitsleistungen der Belegschaft; hierfür gelten natürlich die Bestimmungen des Gesetzes über die Neunstundenschicht (vom 27. Juni 1901). Das jüngere Gesetz durch ein älteres aufheben zu wollen, ist an sich schon eine verwegene Leistung; noch dreister scheint der Zugriff der Werksbesitzer, wenn man erwägt, daß das ältere Gesetz die Schichtdauer mit zwölf Stunden und die tägliche Arbeitszeit während derselben mit höchstens zehn Stunden bestimmt. Nach der Gewalt-„Logik“ der Werksbesitzer brauchten sie sich also nicht an das neuere Gesetz anzupassen, wenn ein älteres vorhanden ist, welches ihren Ausbeutungstrieben mehr entgegenkommt. Mit staunenswerter Kühnheit behaupteten sie, daß das 1901er Gesetz ihre Schichteinteilung nicht verbiete, daß es überhaupt die Frage der Zerteilung der Gesamtarbeiterschaft in einzelne Abteilungen für dringliche und unaufschiebbare Arbeiten — nämlich des normalen Abbaues! — nicht regelt; daß die Zerlegung der Belegschaft mit Rücksicht auf die Kontinuität und Sicherheit des Betriebes erforderlich sei und den sozialpolitischen Tendenzen des Gesetzes nicht widerspreche. Es sei im Gesetze nicht verboten, die Kohlenförderung während der neunstündigen Schicht ununterbrochen aufrecht zu erhalten. Denn man könne einem Gesetze nicht den Sinn unterlegen, daß der rationelle, technische und wirtschaftliche Betrieb eines Werkes durch daselbe untersagt ist. Uebrigens seien auch Belegschaftsgruppen für die Arbeiten gebildet worden, welche keine Unterbrechung erleiden dürfen und welche nur zu einer Zeit, wo der Betrieb ruht, vorgenommen werden können.

Dieser rabulistischen Auffassung trat der Verwaltungsgerichtshof zunächst mit dem Hinweis auf die maßgebende Bedeutung des „Schicht“begriffes, wie ihn das 1901er Gesetz festlegt, gegenüber. Danach ist unter Schicht die für die ganze Belegschaft einer Grube oder eines selbständigen Grubenteiles (zum Unterschiede von einzelnen Arbeitsorten) gleichzeitig und gleichmäßig beginnende und endende Arbeitsdauer zu verstehen. Die Belegschaft der Grube umfaßt aber die Gesamtheit der Arbeiter, welche zu einer bestimmten Zeit die bergmännischen Arbeiten an allen Arbeitsorten der Grube bezw. des Grubenteiles zu vollführen haben, mag diese Arbeit in der Gewinnung, Förderung des Minerals oder in

der Sicherung und Bedienung der Grubeneinrichtungen zur Zeit der Schichtdauer bestehen. Eben darum widerspricht es dem Gesetze, wenn die Schichtordnung für die Belegschaft derselben Grube bezw. des selbständigen Grubenteiles verschiedene Anfangs- und Endpunkte der Schichtdauer bestimmt.

Angeichts dieser wohl unzweideutigen Festlegung des Begriffes „Schicht“ werden es sich wohl die Werksbesitzer vergehen lassen, nicht nur für die verschiedenen Arbeiterkategorien der gesamten Belegschaft der als Betriebseinheit anerkannten Bergwerksteile wie Häuer, Förderer (Bedienungsmannschaft der Ketten- und Seilbahnen, Aushilfsmannschaft), Zimmerhauer, Feuer- und Pumpenwächter, Kutsher, sondern auch für die Arbeiter der gleichen Kategorie, welche in ein und derselben Betriebseinheit (Schacht) an verschiedenen Arbeitsorten verwendet werden, verschiedene Anfangs- und Endpunkte der Schichtdauer festzusetzen; das Auskunftsmitglied der Grubenherren, die die Belegschaften in einzelne Teilmannschaften auflösen und damit die gesetzliche Vorschrift über die Schichtdauer umgingen, ist damit als Schwindelmanöver entlarvt, und es ist endgiltig ausgesprochen, daß alle Arbeiter den bezeichneten Kategorien der Belegschaft beizuzählen und nicht etwa Arbeiter sind, welchen besonders und ausschließlich die Ueberwachung und Sicherung des Betriebes übertragen ist, welche daher in die Schichtordnung einzubeziehen und auf die also auch die Anordnungen über letztere Anwendung finden müssen. Den Begriff der Gesamtbelegschaft einfach verschwinden lassen, sie durch eine Umbenennung dem Wirkungsbereich des Gesetzes und ihnen dadurch den Schutz desselben entziehen — das ist von nun an unmöglich gemacht. Sig. Raff.

Mitteilungen.

Für die Verbands-Expeditionen.

Der Nr. 22 des „Corr.-Bl.“ wird die Literatur-Beilage Nr. 5 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.

Agitationsbeamter gesucht.

In unserem Verbandsverbande ist die Stelle eines polnischen Agitationsbeamten zu besetzen. Derselbe muß die polnische und deutsche Sprache in Wort und Schrift vollständig beherrschen und in allen Organisations- und Agitationsfragen bewandert sein. Reflektiert wird auf eine erste Kraft. Bewerbungen erbitten wir bis zum 1. Juli d. J. Aus der Bewerbung muß der Lebenslauf, die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und die Dauer der Organisationszugehörigkeit zu ersehen sein. Der Bewerbung ist eine kurz gedrängte Arbeit in polnischer und deutscher Sprache über die Aufgaben eines Agitationsbeamten beizufügen.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen unserer Gehaltskala. Etwas in anderen Stellungen in der Arbeiterbewegung zurückgelegte Dienstjahre werden angerechnet.

Der Vorstand
des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
Sitz Bochum.

hätten," das also wäre die Absicht der Streikbruchführer gewesen? Aber die Konjunktur konnte sich unmöglich vom 1. März bis zum 1. April aus der „schlechtesten“ in eine günstige gewandelt haben. Die Streikbruchführer sind nicht so dumm, um das nicht zu wissen. Sie haben darum ihre nachweislich nicht kampfunlustigen Leute sowohl mit dem Gerede von der „ungünstigen Konjunktur“ wie auch mit der Vertröstung, am 1. April für den Fall, daß die „versprochene Lohnerhöhung“ nicht eintrete, sich an einem Streit zu beteiligen, wohlüberlegt irreführend geföhrt. Uebrigens liegt ein Lohnversprechen gar nicht vor, wie noch gezeigt wird. So verstricken sich die Streikbruchführer schon beim ersten Angriff auf ihre Einwände in ein Lügengewebe.

Die Kohlen- und Koksorräte sollen „ganz gewaltig“ gewesen sein. Allerdings lagerten große Kohlenorräte. Das war auch Gegenstand der Besprechung in der am 12. Oktober 1911 in Oberhausen stattgefundenen Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen. Dort wurden die drei anwesenden klerikalen Gewerkschaftsvertreter Effert, Imbusch und Steeger gefragt, ob sie etwa einen Zeitpunkt angeben könnten, an dem sich voraussichtlich in den Syndikatskohlenlagern nur unbedeutende Vorräte befänden. Die Angabe blieb aus! Es ist schon so, daß wegen der über die normale Nachfragesteigerung weit hinausgegangenen Förderungszunahme in der Regel das Syndikat große Brennstoffmengen auf Lager nehmen muß. Sie nahmen aber ab infolge der günstigeren Konjunktur. Der fast siebenwöchige allgemeine Bergarbeiterstreik im belgischen Borinage (Januar-Februar d. J.) bewirkte ebenfalls eine stärkere Abfuhr aus den Syndikatslagern nach Belgien. Endlich stand der britische Generalstreik vor der Tür, dessen Fernwirkung eine wenn auch nur vorübergehende Versorgung kontinentaler Verbraucher britischer Kohlen vornehmlich mit rheinisch-westfälischer sein mußte. Dieses außerordentliche Zusammentreffen von für eine Lohnbewegung im Ruhrkohlengebiet günstigen Ereignissen verminderte das Gegengewicht der aufgelagerten Kohlenreserven auf ein selten geringes Maß. Dafür liegt ein Zeugnis vor, dessen Einwandfreiheit auch vom Standpunkt der Streikbruchführer zugegeben werden muß. Der Mannheimer Handelskorrespondent der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 480 vom 30. April), die natürlich unentwegt den Streikbruch verherrlicht, schrieb ihr:

„Die gegenwärtige Lage des Kohlenmarktes darf als durchaus günstig bezeichnet werden. Haben auch die Bergarbeiterausstände an der Ruhr und in England auf dem süddeutschen Markt nicht unmittelbar einen Kohlenmangel herbeigeföhrt, so ist doch eine entschieden festigende Wirkung auf die Gesamtlage außer Zweifel. In allen für die Versorgung Süddeutschlands in Betracht kommenden Bergbaugebieten, an der Ruhr und Saar, in England, Belgien, Frankreich, Böhmen und Schlesien sind sämtliche Vorräte geräumt (!!), so daß vorläufig nicht damit zu rechnen ist, daß für überschüssige Mengen aus dem süddeutschen Markt Absatz gesucht werden muß. Die bisher sehr großen Vorräte an den oberrheinischen Umschlagplätzen sind sehr stark gelichtet; das Kohlentor verfügt zwar immer noch über ansehnliche Mengen, die indessen wohl zur Erfüllung seiner Lieferungsverpflichtungen Verwendung finden müssen, da voraussichtlich noch auf lange hinaus mit knappen Zufuhren zu rechnen sein wird.“

Danach hat schon der nur eine gute Woche andauernde Ruhrgebietsstreik in Verbindung mit dem britischen Generalstreik ausgereicht, um die von dem Marktberichterstatter der „K. Ztg.“ geschilderte Ent-

lastung des Kohlenmarktes zu bewertstelligen. Daß die Streikbruchführer aber auch selber die begreifliche Flaumacherei der Zechenorgane nach Gebühr einschätzen, beweist ein merkwürdiger, wahrscheinlich aus der Feder Imbuschs stammender Artikel in der klerikalen „Essener Volksztg.“ vom 20. Oktober 1911. Die „Kölnische Ztg.“ (17. Oktober) hatte, mindestens inspiriert vom Zechenbesitzerverband, geschrieben, die Bergarbeiterorganisationen hätten sich „keinen günstigen Zeitpunkt für die Forderung von Lohnerhöhungen gewählt.“ Hierzu schreibt das klerikale Essener Blatt, es „stimmt... auch nicht!“ Und es weist hin auf England, wo „das Barometer auf Sturm steht“, um dann zu betonen, daß die „Lage in der Bergbauindustrie also doch etwas anders“ (nämlich durchaus nicht ungünstig für eine Lohnbewegung!) aussehe, „als die „Köln. Ztg.“, im Dienste des Bergbaulichen Vereins glauben zu machen sucht“!!! So hat ein Sprachrohr des christlichen Gewerksvereins am 20. Oktober 1911 mit Argumenten, die wir akzeptieren, die Situation für eine Lohnbewegung der Bergarbeiter als nicht ungünstig bezeichnet! In den folgenden Monaten verbesserte sich die Situation für die Bergleute noch wesentlich, und nun soll der Massenstreikbruch mit der Behauptung, die Zeit sei „die schlechteste“ gewesen, beschönigt werden!

Aber weiter! Legten die Streikbruchführer den „gewaltigen Kohlenlagern“ die von den Flaumachern behauptete schwerwiegende Bedeutung aus Ueberzeugung bei, wie konnten diese Menschen trotzdem ihren Leuten vorreden, wenn am 1. April die „versprochene Lohnerhöhung“ nicht gegeben würde, dann werde sich der christliche Gewerksverein an einem Kampfe beteiligen! Wo man hingreift, überall das selbe klerikale Lügengewirr.

Vielleicht wird eingewendet, am 1. April würden infolge des seit dem 1. März herrschenden britischen Generalstreiks die Kohlenlager bedeutend gelichtet worden sein. Aber doch nur für den Fall, wenn in den deutschen Kohlenbezirken inzwischen wenigstens nicht übergeföhrt würde. Was hat indessen der „Bergknappen“-Redakteur Imbusch in seiner offiziell vom „christlichen Gesamtverlag“ verlegten Streikbruch-Verherrlichungsbrochure geschrieben? Er bezeichnet es — wie auch vor und während des Streiks in Versammlungen, im „Bergknappen“ und in Flugblättern — als eine nationale Pflicht (!) der Bergleute Deutschlands, ihrerseits die Gelegenheit des britischen Generalstreiks nicht zur Inszenerierung eines Lohnkampfes auszunutzen, sondern um gerade möglichst viel zu fördern, damit den Engländern die Absatzgebiete entrisen werden könnten. Wird doch uns in der Broschüre (S. 33) sogar der Vorwurf (!) gemacht, wir hätten den Engländern versprochen, die „Deutschen“ anzuhalten, während des britischen Generalstreiks wenigstens keine „Ueberstunden und Ueberstunden“ zu machen! Der Redakteur eines — allerdings klerikalen — Bergarbeiterblattes animiert zum Verfahren von Ueberstunden und Ueberstunden, wohl wissend, wie arg das Uebel der Ueberstunden den Lohn drückt und die Arbeiter körperlich zerrütet! Das wirft sich obendrein in die Brust als „Vertreter gewerkschaftlicher Grundsätze“.

Den Einwand, bis zum 1. April wären infolge des britischen Generalstreiks die Kohlenlager wesent-

lich zusammengeschrumpft, haben die Streikbruchführer durch ihre „nationale“ Aufforderung zur Ueberförderung selber totgeschlagen. Außerdem hätten die Ruhrzechenbesitzer, wenn sie für den 1. April einen Gesamtausstand ihrer Belegschaften befürchten mußten, schon für die Aufrechterhaltung der Lagerbestände gesorgt.

Ist es denn auch schon ausgemacht, daß die Erhöhung unseres ausländischen Kohlen- und Koksabfahes im nationalen Interesse liegt? Die Vertreter des Kohlenyndikats behaupten es natürlich. Demgegenüber hat aber noch vor wenigen Monaten der große Bund der Industriellen Deutschlands gegen eine Tarifpolitik der deutschen Eisenbahnen lebhaft protestiert, durch welche unsere Kohlenausfuhr begünstigt wird. Kein Blatt hat schärfer die Preis- und Ausfuhrpolitik der Syndikate bekämpft wie das Hauptorgan des Zentrums, die „Kölnische Volksztg.“. Nach ihr handeln unsere Rohstoff- und Halbfabrikat-yndikate direkt antinational durch ihre sogenannte „Eroberung des Auslandes“. Darum muß die mit einem pseudonationalen Phrasenbrei „begründete“ Merikale Streikbruchverteidigung, der britische Generallstreik hätte deutscherseits zu einer Wiedererlangung uns verloren gegangener Absatzgebiete ausgenutzt werden müssen, anwidern, auch deshalb, weil tatsächlich unser Auslandsabsatz außerordentlich ausgebreitet wurde. Es hat nämlich betragen (in Millionen Tonnen) unsere Steinkohlenförderung:

	Steinkohlenförderung	Einfuhr an Steinkohle, Koks und Bricketts	Ausfuhr an Steinkohle, Koks und Bricketts
1907 . . .	143,2	14,5	25,7
1909 . . .	148,7	13,1	28,8
1911 . . .	160,7	11,7	35,0

Demnach ist von 1907 bis inkl. 1911 gestiegen unsere Steinkohlenförderung um 12,2 Proz., unsere Kohlenausfuhr um 36,2 Proz., während die Einfuhr um 19,2 Proz. zurückging! Trotzdem hat man den Bergleuten und dem breiten Publikum überhaupt vorgeschwindelt, die Briten nähmen uns immer mehr Absatzgebiete fort, bedrängten uns wirtschaftlich immer stärker, woraus die vorjährige Kriegsgefahr entstanden sei! Jeder halbwegs volkswirtschaftlich Gebildete weiß, daß nicht die deutsche, sondern die britische Industrie uns gegenüber in die Verteidigungsstellung gedrängt worden ist, was wir vom deutschen Standpunkt aus natürlich nicht bedauern; aber man soll das auch nicht verdrehen im Interesse einer Kapitalistengruppe. Sogar an den für die britische Kohlenausfuhr günstig gelegenen deutschen Küstenplätzen wird sie zurückgedrängt. So waren von den in Hamburg angefahrenen Kohlen 1907: 66,9, 1911: 56,76 Proz. britischen Ursprungs, während in derselben Zeit die Zufuhr rheinisch-westfälischer Kohle von 33,1 auf 43,24 Proz. stieg. Auch auf dem Berliner Kohlenmarkt kamen weniger britische Kohlen zum Angebot. Die Merikalen Streikbruchführer haben die von gewissen kapitalistischen Cliques inszenierte Hebe gegen das „perfide Albion“ auch ausgenutzt, um gegen ihre bessere Ueberzeugung der Offenlichkeit eine „nationale Aktion“ vorzutäuschen. In Wirklichkeit bedeutet sie die Unterstützung einer antinationalen Syndikatspolitik.

Nach § 3 seines Vertrages kauft das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat von den angehloffenen Werken Kohlen, Koks und Bricketts zu den jeweils festgesetzten „Nichtpreisen“. Das sind also nicht die vom Syndikat seinen Abnehmern aufdisktierten Verkaufspreise, sondern sie bilden die Basis der Abrechnung des Syndikats mit seinen Gesellschaftern. Wo das Syndikat konkurrenzlos den Markt beherrscht,

dort stellt es den Verkaufspreis entsprechend höher wie den Nichtpreis. Kommen aber Märkte mit stärkster Konkurrenz in Betracht, dort geht das Syndikat mit seinem Angebot entsprechend tief unter den „Nichtpreis“ herab. Naturgemäß sind die ausländischen Absatzgebiete die umstrittensten und werden hier die niedrigsten Preise bewilligt! Die höchsten Preise müssen die im konkurrenzfreien Inlande wohnenden Konsumenten dem Syndikat zahlen! Kürzer ausgedrückt: Die deutschen Kohlen-, Koks- und Brickettsverbraucher müssen die höchsten Syndikatspreise zahlen, damit dem Auslande weit billigere deutsche Brennstoffe geliefert werden können! Je höher der Auslandsabsatz ist, um so mehr müssen die deutschen Verbraucher zugunsten des Auslandes bluten. Vom Syndikat werden pro abgenommene Tonne Kohlen, Koks und Bricketts zunächst von den beteiligten Zechen Abgaben („Umlagen“) erhoben, die auch dazu dienen, die unter den Nichtpreisen getätigten Verkäufe auszugleichen. Die Umlagen müssen tatsächlich von den im unbestrittenen Inlande wohnenden Konsumenten in Form erhöhter Preise gezahlt werden. Je mehr nun unter den Nichtpreisen im Ausland umgesetzt wird, um so höher steigt die Umlage. Sie betrug allein für Kohlen 1901: 3 Proz., 1911: 12 Proz. und ist für das 2. Quartal 1912 auf 9 Proz. bemessen.

Im „Blutus“ (Nr. 19 d. J.) wird die Gesamteinnahme des Syndikats an Umlagen pro 1912 auf mehr als 100 Millionen Mark berechnet! Nachdem das Syndikat auch Verträge mit den fiskalischen und den bisher außerjudikatlichen Privatzechen abgeschlossen hat, konnte es für das nunmehr vergrößerte unbestrittene Inland noch weiter über die Nichtpreise hinaus seine Preisstellung vornehmen, was die Herabsetzung der Umlage gestattete. Die so gewonnenen etwa 25 Millionen Mark Umlagen muß das Inland noch extra aufbringen, außerdem die generelle Erhöhung der Nichtpreise ab 1. April d. J. Das Ausland hat den Nutzen von dieser Syndikatspolitik und genießt ihren Vorteil um so mehr, je höher der Auslandsabsatz des Syndikats wird! Dadurch wird nachweislich die Konkurrenz des Auslandes gegen uns gestärkt! Wer unter diesen Umständen für die Forcierung der Ausfuhrfähigkeit des Zechensyndikats eintritt, der fördert die Belastung der deutschen Volkswirtschaft mit Extrasteuern in Form von hohen Kohlenpreisen! Das taten Merikale Streikbruchführer mit ihrer „nationalen“ Aufforderung zur „Eroberung ausländischer Absatzgebiete“.

Wo denn die überschüssige Förderung bleiben soll? wird man fragen. Darauf sei entgegnet: Der Ueberproduktion muß Einhalt getan werden. In welchem Interesse liegt die andauernde Neuentstehung von Förderstätten, wo längst eine chronische Ueberförderung eingetreten ist? Warum werden immer neue Massen Arbeiter z. B. der Landwirtschaft entzogen, in die Grubenwerke gelotst, warum bringt man immer höhere Fördermengen zutage, wo man doch weiß, daß die so immer größer werdende Ueberförderung zum Schaden unserer Volkswirtschaft verschleudert wird? Warum diese Verschleuderung von Nationalvermögen? Im Interesse der Gesamtheit liegt dies Verfahren sicher nicht.

In diesem Zusammenhang mag auch die „patriotische“ Erzählung von dem „Sympathiestreik für

für die Engländer herauszulesen, erklärt der Streikbruchverteidiger Imbusch in seiner Broschüre (Seite 34), gewiß stände darin, „Die Engländer verlangten keinen Sympathiestreik“, aber — gerade das sei verdächtig!!! Der Mann muß ja wissen, wie man das Gegenteil von dem beschließt, was man eigentlich will.

Selbstredend wehre ich mich durchaus nicht gegen die Betätigung praktischer internationaler Arbeiterolidarität. Warum denn auch? Die Werksbesitzer üben ja auch internationale Solidarität, wenn es gegen die Arbeiter geht. Der Zechenbesitzerverein für das Ruhrgebiet, als dessen Sachwalter schon so oft deutsche Minister und ihnen nachgeordnete Behörden aufgetreten sind, gehört selbst oder durch seinen Geschäftsführer vier ausländischen (1 amerikanischen, 2 britischen und 1 französischen) und vier internationalen Vereinigungen an! Darin findet kein „Maßgebender“ eine internationale Betätigung. Wenn aber Arbeiter sich mit ihren Berufsgenossen international verständigen, dann soll das vaterlandslose Gesinnung verraten. Wenn doch wenigstens diese widerliche Scheuerei vermieden würde. Ein fürtrefflicher Arbeiter im bademittischen Weinberg, Zentrumsabgeordneter Mathias Schiffer, Vorsitzender des Alerikalen Textilarbeiterverbandes, hat bereits vor Jahren in einer netten Broschüre eindringlich die Notwendigkeit eines internationalen Schutz- und Trutzbündnisses der Arbeiter betont — jetzt heult er „patriotische“ Tränen über den „vaterlandslosen Sympathiestreik“. Ein gewisser Herr Johann Effert hat im Januar 1909 kundgetan (Rh.-Westf. Zeitung vom 30. 1. 1909), daß zwecks Durchsetzung der deutschen Bergarbeiterforderungen ein „erbitterter Kampf um Sein oder Nichtsein kommen müsse“, der „die ganze Industrie lahmlege“, und zwar unter Zuhilfenahme „der Arbeiterverbände der übrigen Länder“! Im März d. J. schwelgte derselbe Mann in „patriotischer Entrüstung“ über den „internationalen“ Streik im Ruhrgebiet und half ihn wacker mit brechen. Da er in dem „Verdacht“ stand, kein Streikbruchgeneral sein zu wollen, eilte der internationale Generalstreikpropagandist aus dem Siegerland in das Ruhrgebiet und hielt am 13. März in Bochum eine mit den provozierendsten Beschimpfungen der Streikenden angefüllte „hochpatriotische“ Rede, die sich auch drohend gegen die Regierung richtete, der ausgerechnet Herr Johann Effert vorwarf, sie habe ungenügende Maßregeln zum Schutz der Arbeitswilligen getroffen! Doch ist damit das beispiellose Verhalten der Streikbruchgeneräle in Sachen des „Sympathiestreiks“ noch nicht völlig gekennzeichnet. In der Vorstandskonferenz am 12. Oktober 1911 berichtete ich über meine Beobachtungen auf der Southporter Konferenz und schloß daraus, daß wir mit dem Ausbruch des britischen Generalstreiks rechnen müßten. Darauf erklärte Effert im Beisein von Imbusch und Steeger (ebenfalls Alerikale), er glaube noch nicht an den Ausbruch des Generalstreiks, die Engländer sollten sich wohl wieder einigen. Würde es zur Tatsache, dann sei das sehr günstig für eine Lohnbewegung im Ruhrgebiet. Die Gewerksvereinsvertretung habe jetzt den Beschluß gefaßt, in keine Lohnbewegung einzutreten, weil die derzeitige Situation ihr nicht günstig sei. Wenn aber der

britische Streik ausbrechen sollte, dann werde man wieder zusammenkommen zu einer entsprechenden Beschlusfassung! Kein Wort von der „nationalen Pflicht“, den erwarteten britischen Streik im Sinne der späteren Streikbruchproklamation auszunutzen! Kein Wort gegen die internationale Verständigung, im Gegenteil! Sie war Herrn Effert noch nicht bestimmt genug und weder Imbusch noch Steeger widersprachen ihrem Kollegen.

So benahmen sich im Oktober 1911 dieselben Menschen, die im März 1912 die Welt mit ihrem „patriotischen“ Geschrei nach Genarm und Militär gegen die „vaterlandslosen“ Streikenden erfüllten.

Otto Hue.

Wirtschaftliche Rundschau.

Abstand im Diskontsatz zwischen Berlin, London und Paris — Warnungen an die Börse — Günstige Produktions- und Verkehrsziffern (Roheisen, Kohle, Eisenbahnen).

Ein kaum jemals dagewesener Abstand läßt sich seit einiger Zeit an den offiziellen Diskontsätzen in London, Paris und Berlin feststellen. Die Deutsche Reichsbank erhebt zwar regelmäßig einen etwas höheren Leihfuß als die Bank von Frankreich mit ihrer Ueberfülle von bereiten Geldmitteln, und ebenso im Vergleich zur Centralbank Englands, des Landes, in dem die Kapitalbildung auf allen Gebieten noch immer am raschesten fortschreitet. Bis zu einem Grade bietet der höhere deutsche Diskont auch durchaus nichts Beunruhigendes, denn er zeigt nur den lebhafteren Geschäftsgang, den drängenderen Leihkapitalsbedarf an, der die deutsche Wirtschaftsentwicklung seit langen Jahren zu ihrem Vortheil auszeichnet. Diesmal liegen jedoch besondere Ursachen vor, wenn am 9. Mai sowohl die Bank von England wie die Bank von Frankreich von 3½ auf 3 Proz. herabgingen, während die Deutsche Reichsbank auf 5 Proz. stehen blieb. Volle 2 Proz. Abstand, das soll entschieden als ein Warnungssignal an die allzu hoffnungsfreudigen und wagemutigen Uebertreibungen der deutschen Geschäftswelt aufgefaßt werden.

Solche Warnungen sind zudem mehrfach ausdrücklich ausgesprochen worden, zuletzt wiederum Mitte Mai in einer Zuschrift, die der Staatskommissar der Berliner Börse, Geheimrat Dr. Göppert, an den Börsenvorstand richtete: „Der Umfang, den die Spekulation neuerdings namentlich auf dem Kassamarkt annimmt, gibt zu ernstern Besorgnissen Anlaß. Anscheinend ist es das Publikum, das durch seine Kaufaufträge die ungewöhnlichen Kurssteigerungen der letzten Tage veranlaßt hat. Die Befürchtung liegt nahe, daß ein nach allen Erfahrungen unausbleiblicher Rückschlag, der um so zeitiger und plötzlicher eintreten muß, je mehr sich Uebertreibungen häufen, für sehr weite Kreise schwere Verluste bringen wird. Es darf vorausgesetzt werden, daß die Banken und Bankiers sich dem Ernst der Lage nicht verschließen und durch Warnungen und Krediteinschränkungen ihre Kundschaft zur Mäßigung anzuhalten suchen. Ein durchgreifender Erfolg ist aber bisher noch nicht zu verzeichnen.“ Dr. Göppert empfahl dann die Prüfung einiger mehr borsentechnischer Reformvorschlüge, deren Darlegung später erfolgen mag, falls ein ernster Anlauf nach dieser Richtung erfolgen sollte. Ähnliches Aufsehen erregte gleich

England" abgehandelt werden. Wenn die Erzählung einen rechten Sinn haben soll, dann müßte wenigstens erst nachgewiesen werden können, daß die deutsche Volkswirtschaft von der Forcierung der Kohlenausfuhr, die nach Lage der Sache unter dem Inlandspreis geschieht, profitiert. Wir haben gesehen, wer die Kosten einer verstärkten Ausfuhr der rheinisch-westfälischen Kohle tragen muß: die inländischen Konsumenten. Wer kann auf die britische Kohlenzufuhr nach den deutschen Seeplätzen, nach Berlin usw. verwiesen werden? Wer wird aber denn ernstlich erwarten, die dortigen Kohlenverbraucher würden auf britische Kohle, solange sie ihnen billiger und von gleicher Güte wie inländische zur Verfügung steht, verzichten, um rheinisch-westfälische zu verfeuern? Soweit es möglich ist, ausländische Brennstoffe von deutschen Märkten zu verdrängen, geschieht es durch die großartige Handelsorganisation des Kohlenyndikats immerfort. Ein Blick auf den internationalen Kohlenmarkt zeigt, daß Großbritannien seit Jahrzehnten eine enorme Kohlenzufuhr bemerkstellig und sie vermöge seiner unvergleichlich billigen Abfuhrwege (Wasserfracht) auch mit ansehnlichem Nutzen, ohne Schaden für die inländischen Konsumenten, vollziehen kann. Infolgedessen wirkt ein großer britischer Kohlenarbeiterstreik naturgemäß als eine außerordentliche Unterstützung der Lohnbewegungen kontinentaler Bergarbeiter. Da vom Kontinent aus Großbritannien nicht mit nennenswerten Kohlenmengen versorgt werden konnte — einfach weil die britischen Transportarbeiter die Kohlenzufuhren nicht verladen hätten — so mangelte dem Ruhrgebietsstreik der Charakter eines „Sympathiestreiks für die Engländer“. Das Verhältnis liegt praktisch gerade entgegengesetzt. Die Aufrechterhaltung der normalen Ruhrgebietsförderung konnte die britischen Kohlenexporteure in die Gefahr bringen, wenn auch nur vorübergehend ausländische Abnehmer zu verlieren. Der britische Generalstreik half faktisch den Bergleuten Deutschlands, nicht umgekehrt! Das führte ich auch in einer Versammlung acht Tage vor dem Ruhrgebietsstreik aus, um darzutun, daß jetzt die denkbar günstigste Gelegenheit gekommen sei, um im Ruhrgebiet in die jahrelang zurückgestellte Lohnbewegung einzutreten mit der begründeten Aussicht, ohne Streik handgreifliche Lohnzugeständnisse zu erzielen, wenn nur die Bergarbeiterverbände einig vorgehen. Und siehe da, die Streikbruchführer, die mittlerweile schon aus Kräften gegen den „Sympathiestreik für die deutschfeindlichen Engländer“ gewählt hatten, fanden nun wahrhaftig die Formel: Es liegt im Interesse der englischen Kameraden, daß kein Streik im Ruhrgebiet ausbricht, darum muß jetzt weiter gearbeitet werden! Eine echtklerikale Leistung. In Merkmalen Flugblättern, verteilt vor dem Märzstreik im Ruhrgebiet, wurden die „Engländer“ beschuldigt, 1905 durch erhöhte Kohlenzufuhren den Generalstreik der Ruhrgebiete erschwert zu haben. Danach bedeutete doch der Generalstreik der britischen Kohlenförderung eine außerordentliche Unterstützung einer Lohnbewegung im Ruhrgebiet. Das deutete auch der bereits erwähnte, wahrscheinlich aus der Gewerkschaftscentralen stammende Artikel in der Essener Centrumszeitung vom 20. Oktober 1911 an. Und dann dieser Umschwung der Merkmalen Auslassungen! Am 17. Februar 1912 schrieb der „Bergknappe“, der

ermartete britische Generalstreik läge „im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter im deutschen Bergbau“, da er ihnen Gewinnung „neuer Absatzgebiete“ erleichtere. (Wem die Kostenrechnung für die „neuen Absatzgebiete“ vom Syndikat überreicht werden, ist oben nachgewiesen.) Und in einem „Aufruf“, unterschrieben von der eigens zusammengesammelten „Generalversammlung“ des Streikbruchvereins heißt es dann wieder, zurzeit könnten die Ruhrgebiete ihren Streik nicht gewinnen, „da in England gestreikt wird“ und die Ruhrgebietsbesitzer darum nicht zu fürchten brauchten, Absatzgebiete zu verlieren! Ist Tolleres je erlebt worden? Einmal wird gegen die „deutschfeindlichen Engländer“ geheßt, weil sie uns 1905 Kohlen zuführten, dadurch unseren Generalstreik erschwerten, dann wieder soll gerade das Ausbleiben der britischen Kohlenzufuhren die Aussichten eines Lohnkampfes im Ruhrgebiet verschlechtern! Alle diese sich hahnbüchchen widersprechenden, die Öffentlichkeit irreführenden Flugblätter, Zeitungsartikel und „Erklärungen“ wurden in derselben Streikbruchcentralen fabriziert von Leuten, die sich ihrer Freveltat wohl bewußt sein mußten.

Herr Staatssekretär Delbrück hat im Reichstag wohlweislich für sich den Glauben an den „Sympathiestreik für die Engländer“ abgelehnt. Aber sein Kollege, Herr Minister Sydow, bekannte sich im preußischen Landtag zu diesem Köhlerglauben und schlug die bekannten patriotischen Töne an. Erstausnahmslich! Hat Herr Sydow etwa aus der Verhandlung über die sog. Schmidtmanöverträge in der Kaligeseßkommission den Eindruck gewonnen, wir seien imstande, deutsche Interessen ausländischen zu opfern?! U. A. w. g., Herr Minister!

Die auch von Herrn Sydow als sein Beweis vorgetragene Resolution des internationalen Bergarbeitercomités (Sitzung vom 21. und 22. Februar 1912 in London) lautet in authentischer Fassung:

„Das Internationale Comité ist der Ueberzeugung, daß es nicht notwendig ist, daß die Bergarbeiter auf dem Kontinent in einen Sympathiestreik mit den Bergarbeitern Großbritanniens treten, aber wenn in irgendeinem der Distrikte Forderungen erhoben werden und die Arbeiter bereit sind, in einen Streik zu treten, um diese Forderungen durchzusetzen, heißt das Comité dieses Vorgehen gut, aber unter keinen Umständen darf es als Sympathiestreik angesehen werden, sondern nur als eine Bewegung zum Nutzen der eigenen Bergarbeiter. Wir empfehlen, daß während des Streiks in Großbritannien die Bergarbeiter des Kontinents die Kohlenförderung soweit wie möglich einschränken.“

Dazu wurde auf Anregung Sachses folgender Zusatzantrag angenommen:

„Wenn die Bergarbeiter von irgendeiner der kontinentalen Nationen jetzt oder in Zukunft dahin übereinkommen, einen individuellen Minimallohn zu verlangen und einen Streik erklären, um ihn durchzusetzen, oder in den Streik treten, um andere Forderungen durchzusetzen, sind die Vertreter der Bergarbeiter Großbritanniens bereit, den Arbeitern zu empfehlen, daß die Produktion in Großbritannien soweit wie möglich eingeschränkt wird.“

Vor die fatale Aufgabe gestellt, aus diesen Resolutionen die Aufforderung zu einem Sympathiestreik

darauf eine Herrenhausrede Dr. v. Gwinners, des im In- und Auslande politisch sehr tätigen Direktors der Deutschen Bank: es sei „doch sehr zu bezweifeln, ob die günstige Konjunktur noch von langer Dauer sein werde. Im Zeitalter der Elektrizität verlaufen die Wellen von Ebbe und Flut kürzer, als es früher der Fall war. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Woge sich zu überschlagen droht. Wir haben bereits zwei oder drei Jahre aufsteigender Konjunktur hinter uns,“ und offenbar war diese Mahnung zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung gleichfalls auf einen größeren Eindruck nach außen hin berechnet.

Ein sichtbarer Erfolg ist bisher noch immer ausgeblieben. Zwar kommen keine solchen abnormen Kursprünge mehr vor wie bei den Aktien der Bogt- ländischen Maschinenfabrik Akt.-Ges. (vormals Gebrüder Dietrich-Plauen), die am 13. Mai um 39 Proz., am 14. Mai gar um 90 Proz., insgesamt zwischen dem 2. Januar und 14. Mai von 471 auf 825 emporschnellten, während sie Anfang 1911 noch auf 372 gestanden hatten. Aber derartige Extravaganzen können sich überhaupt kaum wiederholen. Dagegen hat sich das sonstige allgemeine Treiben an den Börsen wenig verändert; man glaubt zunächst noch unerlöschlich an die guten Sterne, die der deutschen Wirtschaftsentwicklung weiter leuchten werden.

Eine Verstärkung erhält dieser Optimismus augenblicklich wieder aus den Kreisen der Produktion heraus. Vor allem scheinen die Eisengewerbe alle früheren Produktionsleistungen von Monat zu Monat überbieten zu wollen. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenherzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats April 1912 insgesamt 1 427 559 Tonnen gegen 1 424 076 Tonnen im März 1912 und 1 285 396 Tonnen im April 1911. Seit Jahresbeginn 1909 stellte sich die Roheisenproduktion in den einzelnen Monaten wie folgt:

	1909	1910	1911	1912
	To.	To.	To.	To.
Januar	1021721	1177574	1320685	1372749
Februar	949667	1091351	1179109	1319827
März	1073116	1250184	1322414	1424076
April	1047197	1202117	1285395	1427559
Mai	1090467	1261735	1312255	
Juni	1067421	1219071	1262997	
Juli	1091059	1228316	1290106	
August	1100671	1262804	1285942	
September . .	1068345	1232477	1250702	
Oktober	1113763	1291379	1322114	
November . . .	1119051	1272333	1313896	
Dezember . . .	1164624	1307084	1377637	

Die Erzeugung während der Monate Januar bis 30. April 1912 stellte sich auf 5 542 510 Tonnen gegen 5 107 387 Tonnen in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Am 23. Mai beschloß der Stahlwerkerverband in seiner Hauptversammlung Preiserhöhungen für Halbzeug und Formeisen: für Halbzeug um 5 Mk. pro Tonne, für Träger um 2½ Mk. Dazu faßte man für die B-Produkte einen Beschluß, der ihre Erzeugung tatsächlich schon für Mai und Juni ohne Einschränkung freigibt — daß auf diesem Gebiete vom 1. Juli ab jede Kontingentierung und jede Abgabe für das Ueberkontingent wegfällt, ist dem Leser bereits bekannt.

Die deutsche Kohlenproduktion im April, verglichen mit dem April des Vorjahres, hob sich: für Steinkohlen von 12 255 758 auf 14 061 701 Tonnen,

für Braunkohlen von 5 564 159 auf 6 356 025 Tonnen, für Koks von 2 062 408 auf 2 318 777 Tonnen, für Preßkohlen aus Steinkohlen von 369 878 auf 407 075 Tonnen, für Preßkohlen aus Braunkohlen von 1 268 693 auf 1 606 737 Tonnen.

Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen bewegen sich gleichfalls stetig weiter nach oben. Sie betragen im April 1912 aus dem Personenverkehr 74 174 883 Mk. (gegen das Vorjahr mehr 2 966 062) und aus dem Güterverkehr 154 566 753 Mk. (+ 10 871 665). Die Einnahmen pro Kilometer zeigen bei dem Personenverkehr ein Plus von 41 Mk. oder 2,94 Proz. und bei dem Güterverkehr ein Plus von 170 Mk. oder 6,18 Proz.

Alle diese Erfahrungen benützt die Börse, um die unbequemen Mahner und Warner vorläufig ins Unrecht zu setzen. Aber einmal wird doch ein rauher Wind die Kartenhäuser der Spekulation über den Haufen blasen.

Berlin, 27. Mai 1912. Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

VI.

Textilindustrie.

Die Lage dieser Industrie war im Berichtsjahre zum Teil nicht günstig. Die vorliegenden Zahlen sind allerdings widerspruchsvoll. Denn während die Dividenden im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1910 und 1911 um 1 Proz. zurückgingen, blieb der Andrang auf dem Arbeitsmarkte fast konstant resp. nur um 0,24 Arbeitsuchende pro 100 offene Stellen größer als im Vorjahre. Die Arbeitslosenziffer der berichtenden Verbände war in der Regel etwas höher als im Jahre 1910, aber sie geht in keinem Monat über 1,6 Proz. der Mitglieder hinaus; eine relativ niedrige Arbeitslosenziffer also. Nun kann das vielleicht dadurch erklärt werden, daß die Industrie nicht sofort mit Entlassungen vorgegangen ist, sondern die Betriebe mit reduzierter Arbeitszeit aufrecht erhielt. Aber trotzdem geben die Berichte vom Arbeitsmarkt keinen Anhaltspunkt für die aus der Industrie-gruppe kommenden Klagen über eine prekäre Lage.

Die Dividendenziffern freilich zeigen, daß in einzelnen Branchen der Textilindustrie die Rentabilität erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt aller Industriegruppen zurückgegangen ist. Während die Gesamtdurchschnittsdividende im Berichtsjahre von 7,7 Proz. auf 8,0 Proz. stieg, fiel sie in der Textilindustrie von 8,4 auf 7,4 Proz. Die einzelnen Branchen weisen folgende Ergebnisse auf:

Industriezweig	Zahl der Betriebe	Mitteln- fabrikal 1911 in 1000 BRT.	Dividende in Prozent	
			1909/10	1910/11
Baumwollspinnereien .	41	59 868	8,7	5,9
Baumwollwebereien . .	20	25 937	7,6	6,1
Baumwollspinnweberei.	53	111 258	6,0	4,7
Kammgarnspinnereien .	27	75 100	10,4	10,2
Wollgewerbe ohne Kammgarnspinnereien	42	95 064	8,3	7,7
Leinen- u. Jutespinnerei.	41	84 578	7,9	6,8
Seidentwebereien	4	9 700	9,3	7,0
Sonstige Textilfabriken .	69	105 633	11,3	10,6
Färberei, Appretur usw.	19	26 089	4,0	4,8
Summa: Textilindustrie	316	593 227	8,4	7,4

Mit Ausnahme der Gruppe Färberei, Appretur usw. hat die gesamte Textilindustrie, soweit ihre Geschäftsergebnisse im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurden, einen Rentabilitätsrückgang aufzuweisen, der auch in dem Kursstand einen Rückschlag fand. Ultimo Dezember 1911 betrug der Durchschnittskurs für Textilwerte 150,64 gegen 159,91 im Vorjahre und 164,94 Ultimo Dezember 1909. Der Kurs stand damit zwar um rund 12 Proz. höher als am Schlusse des Krisenjahres 1908, was aber nichts an der Tatsache zu ändern vermag, daß in den letzten zwei Jahren ein erheblicher Rückgang eingetreten ist. Daß die ungünstigere Rentabilität diesen Rückgang mit verschuldet hat, bedarf keiner weiteren Begründung.

Die ungünstigeren Rentabilitätsziffern brauchen jedoch nicht aus einer Produktionseinschränkung herzurühren, und insofern würden die relativ günstigeren Arbeitsmarktjiffern eine Erklärung finden können. Nun unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die Textilindustrie teils unter den ungünstigen Verhältnissen auf dem Baumwollmarkt, teils unter einer wilden Uberspekulation in Betriebsvergrößerungen leidet. In der Zeit von 1901 bis einschließlich 1909 wurde die Zahl der Baumwollspindeln in Deutschland von 7,9 auf 10,4 Millionen erhöht. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der mechanischen Webstühle für Baumwolle von 211 818 auf 260 323. In ähnlicher Weise, teilweise noch rapider, hat sich diese Industrie in anderen Ländern entwickelt, so daß der Konkurrenzkampf ein immer heftigerer geworden ist. Die Zollpolitik hat dann weiter für die Beschleunigung dieser Entwicklung gesorgt und schließlich geht die Industrie einem großen Krach entgegen. Die Verhältnisse auf dem Baumwollmarkt verschärfen die Situation. Die Südstaaten der nordamerikanischen Union sind als größte Produzenten brauchbarer Rohware ausschlaggebend für den Baumwollmarkt, jeder Ernteausfall hier wirkt zurück auf den europäischen Markt. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten selbst die zweitgrößte Baumwollindustrie der Welt haben, während Deutschland an dritter Stelle rangiert. Der amerikanische Einfluß auf die Baumwollindustrie Europas ist also monopolartig, weil Amerika das wichtigste Herstellungsland des Rohproduktes ist. Die amerikanische Spekulation ist zudem als die korumpierteste bekannt, die jede Aussicht und jedes Mittel ausnützt, um durch die tollsten Machinationen den Profit zu steigern. Ueberproduktion an Spindeln einerseits, eine ungünstige Gestaltung des Rohproduktenmarktes auf der anderen Seite hemmen zurzeit die textilindustrielle Entwicklung auch in Deutschland. Die erstere Ursache hat, wie wir schon in unserem Artikel über die Metallindustrie hervorhoben, bereits ihren Widerhall in den Geschäftsergebnissen des Textilmaschinenbaues gefunden. Die Dividendenziffern der Textilindustrie selbst zeigen die Wirkungen hier. Insbesondere der Rückgang der Rentabilität der Baumwollindustrie bekräftigt die vorausgegangene Uberspekulation hinsichtlich der Betriebsvergrößerung.

Zur Lösung der Baumwollfrage selbst ist die Suche nach neuen Produktionscentren während des letzten Jahrzehnts besonders eifrig betrieben worden. Die deutschen Kolonialpolitiker glauben in den afrikanischen Kolonien eine aussichtsreiche Baumwollkultur anlegen zu können und man hat sogar die deutschen Gewerkschaften für die Sache interessieren wollen, die Kapitalien für Baumwollpflanzungen hergeben sollten. Ganz abgesehen davon, daß die deutschen Gewerkschaften

ihre Gelder für wichtigere Aufgaben brauchen, verweisen unsere Kolonialschwärmer, daß die Schwierigkeiten für den Anbau von brauchbarer Baumwolle in den deutschen Kolonien so außerordentlich groß sind, daß eine wirksame Konkurrenz mit den amerikanischen Produzenten in absehbarer Zeit als ausgeschlossen gelten muß. Die nordamerikanischen Produktionscentren haben erit 31 Millionen Acres ihrer vorhandenen Anbaufläche in Anspruch genommen, während ihnen noch 400 Millionen Acres zur Verfügung stehen sollen. Und hier handelt es sich um in jeder Beziehung günstige Klima- und Bodenverhältnisse, während diese in den deutschen Kolonien noch zum mindesten recht zweifelhaft sind. Selbst wenn die Zahl von 400 Millionen Acres noch unbenutzter Anbaufläche in Amerika etwas übertrieben sein sollte, so ergibt sie doch bei einem Vergleich mit der in Betrieb genommenen Bodenfläche ein solches Uebergewicht gegen die mehr der Phantasie als der Wirklichkeit entsprechenden Anbaumöglichkeiten in den deutschen Kolonien, daß selbst ein deutsches Textilblatt, die Leipziger Monatschrift für Textilindustrie für die Errichtung kapitalträchtiger europäischer Spinnereifabrikate eintritt, die in Amerika, nicht in den deutschen Kolonien, Baumwollplantagen anlegen sollen. Wenn also selbst die Fachkreise die deutschen kolonialen Baumwolltheoretiker in dieser Weise abtun, wieviel weniger haben dann die Arbeiterorganisationen Anlaß, für diesen Zweck ihre eigenen näherliegenden Aufgaben zu vernachlässigen. „Der Textilarbeiter“ hat denn auch in einem instruktiven Aufsatz die Stellung unseres Textilarbeiterverbandes klargelegt. Er lehnt es ab, sich finanziell zum Zwecke der Förderung des Baumwollbaues in den afrikanischen Kolonien zu engagieren. „Der Textilarbeiter“ weist auch darauf hin, daß die deutschen Textilindustriellen ganze 90 000 Mk. jährlich für diesen Zweck aufbringen, eine lächerlich geringe Summe, wenn man weiß, daß die Dividendensumme, die alljährlich nachweisbar den Textilaktionären zufließt, sich auf rund 50 Millionen Mark beziffert, wahrscheinlich aber noch höher ist.

Die organisatorische Entwicklung des Textilarbeiterverbandes war im Berichtsjahr günstig. Die Mitgliederzahl stieg von 117 254 auf 131 426. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 126 547 gegen 113 822 im Vorjahre. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg im Jahresdurchschnitt von 39 524 auf 45 651, sie betrug am Jahreschluß 48 445.

Die Ausgabe für Unterstützungen belief sich auf 1 027 497 Mk. Davon entfallen u. a. auf Streiks 387 352 Mk., Arbeitslosenunterstützung 152 919 Mk., Reiseunterstützung 37 357 Mk., Krankenunterstützung 352 810 Mk. Für Verbandsorgan und Bildungsmittel wurden 160 274 Mk. verausgabt. Der Vermögensbestand betrug am Jahreschluß 1 464 263 Mk., davon 1 229 494 Mk. in der Hauptkasse. Auch die finanzielle Entwicklung war also recht günstig. — Ueber die Kämpfe des Jahres 1911 liegen uns noch keine abschließenden Zahlen vor.

Ein norwegischer Landarbeiterverband

wurde am 25. Februar gegründet. An einer zu diesem Zwecke einberufenen Konferenz nahmen 14 bereits bestehende Vereine durch 19 Delegierte teil; ferner war die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften vertreten. Es wurde beschlossen, einen Verband zu gründen, der die Land- und Waldarbeiter des Landes organisiert zur Vertretung ihrer gewerkschaftlichen und sozialen Interessen, ihnen das

Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse, eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne erringt. Auch soll eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse sowie die Beseitigung aller überflüssigen Ueberzeit- und Sonntagsarbeit erstrebt werden. Der Beitrag wurde auf 20 Vere wöchentlich festgesetzt. Der Verband wird der gewerkschaftlichen Landeszentrale angegliedert. Ein festbesoldeter Geschäftsführer wurde in der Person des Genossen Holm gewählt. Die Mitgliederzahl beträgt 300. Das Organisationsgebiet des Verbandes ist ziemlich groß. Zunächst wird er sich freilich mehr der Organisation der Tagelohnarbeiter in Land- und Forstwirtschaft widmen müssen. Aber deren Zahl wird auf zirka 35 000 angegeben, davon 15 000 Waldarbeiter, so daß dieser bestorganisationsfähige Teil der arbeitnehmenden Landbevölkerung ein relativ großes Rekrutierungsgebiet bedeutet.

Kongresse.

Die 15. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und die 5. Generalversammlung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands.

Hamburg, den 13.—17. Mai 1912.

Diese beiden Organisationen tagten zu gleicher Zeit in Hamburg. Auf der Tagesordnung beider Generalversammlungen stand der Punkt: Zusammenschluß beider Organisationen zu einem einheitlichen Verband. Zunächst tagten die beiden Organisationen getrennt.

1. Die Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes.

Die Generalversammlung war besucht von 73 Delegierten mit Mandat, 14 Gauleitern, 4 Vorstandsvertretern, 2 Redakteuren, einem Vertreter des Verbandsausschusses, 2 ausländischen Gästen und einem Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Trotz aller Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die bei Gelegenheit der Finanzreform erfolgte Besteuerung des Tabaks, konnte der Vorsitzende eine verhältnismäßig erfreuliche Entwicklung des Verbandes konstatieren. Der Verband zählte am

1. Januar 1910	32 625 Mitgl.,	darunter	15 089 weibliche Mitgl.
1. " 1911	34 046	"	16 389
1. " 1912	35 449	"	17 674

Die Finanzen des Verbandes, die sich von 1910 bis 1911 sehr gut entwickelt haben, sind durch den im vergangenen Winter durchgeführten Kampf im westfälischen und lippeischen Gebiet bedeutend in Anspruch genommen.

Am 1. Jan. 1910	war ein Kassenbestand v. 253 477,91 Mk. vorhanden.
" 1. " 1911	" " " " 425 570,45 " "
" 1. " 1912	" " " " 211 247,35 " "

Der Verband hat natürlich nicht seine großen Kämpfe aus eigener Kraft durchführen können, sondern bedurfte und erhielt in reichem Maße die Unterstützung der übrigen deutschen Gewerkschaften. Die Summe, die allein im Jahre 1911 dem Verband für seine Kämpfe von dritter Seite zur Verfügung gestellt war, beträgt 1 186 171,85 Mk. Im Vorstandsbericht wird auch die Tatsache dieser kräftigen Hilfe besonders anerkannt und erwähnt der Vorsitzende, daß daraus die Tabakarbeiter die Lehre zu ziehen haben, daß sie ihre eigene Organisation finanziell mehr kräftigen müssen, um besser als bisher aus eigener Kraft ihre

Kämpfe führen zu können. Wie bedeutend allein der Kampf in Westfalen gewesen ist, erhellt daraus, daß dieser Kampf mit seinen Anhängseln die Summe von 1 106 109 Mk. gekostet hat. Des weiteren wird die schwierige Lage geschildert, in die der Verband wie überhaupt die Tabakarbeiter durch die Finanzreform gekommen sind. Denn in erster Linie waren es die Arbeiter, die die Wirkung der Finanzreform auszukosten hatten. Lohnabzüge und große Arbeitslosigkeit waren in ganz ungeheurem Maße als Folgeerscheinung der Finanzreform erschienen. Nun waren bekanntlich vom Reichstag 4 Millionen zur Verfügung gestellt, um die durch die Finanzreform arbeitslos werdenden Tabakarbeiter zu unterstützen. Es war von vornherein klar, und unsere Vertreter im Reichstag hatten ja auch darauf hingewiesen, daß diese Summe bei weitem nicht ausreichte, um auch nur einigermaßen die arbeitererschädigende Wirkung der Tabaksteuer aufzuheben. Aber so einengend auch die Vorschriften waren, die man traf für die Verteilung dieser 4 Millionen, so hat man trotz alledem hernach noch konstatieren können, daß nicht einmal nach den ohnedies recht engherzigen Vorschriften die Mittel ausreichten. Wahrscheinlich sollte es nicht in die Erscheinung treten, wie stark schädigend die Wirkung der Tabaksteuer ist, und man wollte sich nicht gern nachweisen lassen, daß die 4 Millionen eben nur ein Tropfen auf einen heißen Stein waren. Die Instanzen des Verbandes haben feinerzeit beschlossen, daß der Vorsitzende des Verbandes der Tabakarbeiter und ein Vertreter des Verbandes der Sortierer sich mit dem Reichschatenamt in Verbindung setzen sollten, um eine den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Regelung dieser ganzen Angelegenheit zu erzielen. Das Vorstelligwerden ist dann auch nicht ohne Erfolg geblieben. Es konnte ja auch nachgewiesen werden, daß die Arbeitslosigkeit infolge der Tabaksteuer weit größer war, als die Regierung angenommen hatte, und ist deshalb nachträglich auch noch zugestanden worden, daß noch etwas mehr gezahlt werden soll. Aber wiederum nur eine vollständig unzureichende Summe, nämlich ¼ Millionen. Mehr war von dieser Seite nicht zu erzielen, und waren die Tabakarbeiter genötigt, sich selbst so gut als möglich zu helfen, um zu verhindern, daß das Glend unter den Tabakarbeitern und -arbeiterinnen gar zu großen Umfang annahm. Im Geschäftsbericht wurde zahlenmäßig nachgewiesen, daß es noch eingangene Reihe von Jahren dauern wird, ehe der Schaden, der den Tabakarbeitern zugefügt ist, einigermaßen als überwunden betrachtet werden kann. Es werden zweifellos Tausende von Tabakarbeitern aus ihrem Beruf herausgedrängt, treten zu anderen Berufen über und helfen hier die Zahl der Arbeitslosen vermehren.

Die übrigen Punkte des Vorstandsberichtes treten hinter diesen beiden wichtigen Momenten (Tabaksteuer und Kampf in Westfalen) an Bedeutung wesentlich zurück. Beschlüsse irgendwelcher Art zum Vorstandsbericht wurden nicht gefaßt.

Zum Punkt Verschmelzung mit dem Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber gab ein Vertreter des Vorstandes eine kleine Einleitung und schilderte die Entwicklung dieser Angelegenheit. Der Referent verwies darauf, daß besonders der letzte Kampf in Westfalen, der ja nach Bremen, Hamburg und einigen anderen Orten überschlug, die zwingende Notwendigkeit der Verschmelzung beider Organisationen dargetan hatte. Er halte die Zustimmung zur Ver-

schmelzung für eine Selbstverständlichkeit. Entsprechend einer Verabredung mit dem Vorstand des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbelleber schlug der Referent vor, eine Kommission einzusetzen, die aus 14 Mitgliedern des Tabakarbeiterverbandes und 7 Mitgliedern des Verbandes der Sortierer bestehen soll. Dieser Kommission sollen alle zur Verschmelzungsfrage gestellten Anträge überwiesen werden. Nach längerer Diskussion nahm die Generalversammlung folgenden Antrag an:

„Die 15. Generalversammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, auf Grundlage der vorgelegten Einigungsvorschläge (Statutenentwurf) die Vereinigung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbelleber mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband herbeizuführen. Sie überweist alle vorliegenden Entwürfe betreffend Statut, Streitleglement und Wahlreglement sowie alle hierzu gestellten Anträge der von den beiden Verbänden eingesetzten Kommission von 21 Mitgliedern als Material zur Formulierung der Einigungsbestimmungen.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde ein Antrag der Revisionskommission angenommen, wonach dem Vorstand und Ausschuss für die verfloffene Geschäftsperiode Entlastung erteilt wird. Eine Reihe von Anträgen allgemeiner Art wurde nunmehr abgelehnt bis auf einen Antrag Frankfurt a. M., der bezweckt, daß Schritte eingeleitet werden sollen, um einen Verband der Nahrungsmittel- und Genussmittelbranche entstehen zu lassen. Dieser Antrag wurde dem Vorstand überwiesen. Nachdem noch einige Beschwerden von Mitgliedern an die Generalversammlung erledigt waren, hatte die Generalversammlung ihre Tagesordnung soweit erledigt, daß die gemeinsame Sitzung mit den Delegierten des Verbandes der Sortierer und Kistenbelleber beginnen konnte.

2. Die Generalversammlung des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbelleber.

Anwesend waren 49 Delegierte mit Mandat, 5 Vertreter des Vorstandes, ein Vertreter des Verbandsausschusses, 2 ausländische Gäste und ein Vertreter der Generalkommission.

Auch diese Generalversammlung hatte als wichtigsten Punkt die Verschmelzung mit dem Verband der Tabakarbeiter. Es ist das Eigentümliche dieser Organisation, daß sie nicht wie die meisten übrigen Gewerkschaften Deutschlands in regelmäßigen Zwischenräumen ihre Generalversammlungen abhält, sondern nur nach Bedarf. Die Mitgliederentwicklung seit dem Jahre 1905 ist folgendermaßen:

	1. Januar 1906	1547 männliche und 292 weibliche Mitglieder.
1.	1907	1940
1.	1908	2068
1.	1909	2180
1.	1910	2248
1.	1911	2186
1.	1912	2266

Die Entwicklung der Finanzen bis zum Beginn des Jahres 1911 war eine gleichmäßig steigende. Dann zeigt sich wie an anderem so auch an der Kasse die Wirkung des großen Kampfes in Westfalen usw. Der Kassenbestand stieg nämlich von 34 993,36 Mk. Ende 1905 nach und nach auf 100 141,41 Mk. Ende des Jahres 1910, und fiel bis zum Ende des Jahres

1911 auf 40 789,38 Mk. Auch aus dem Vorstandsbericht dieser Organisation treten als hauptsächlichste Momente der Kampf in Westfalen und die Wirkung der Tabaksteuer hervor und sind es diese, die im Jahre 1910/11 die Tätigkeit des Verbandes in hervorragendem Maße beeinflusst haben. Als neu ist die Erscheinung verzeichnet, daß in letzter Zeit sich auch in diesen Berufen die Frauenarbeit bemerkbar macht.

Bezüglich der Verschmelzung teilt der Vorstandsbericht mit, daß in einer außerordentlichen Generalversammlung im Jahre 1911 der Anschluß an die Tabakarbeiter im Prinzip beschlossen sei, und es deshalb eines Beschlusses dieser Generalversammlung nicht mehr bedarf. Es werden einige Anträge für das gemeinsame Statut beraten und sodann der Verabredung mit dem Vorstand des Tabakarbeiterverbandes gemäß, für die Kommission, die das gemeinsame Statut beraten soll, 7 Mitglieder gewählt. Nach Erledigung einiger weiterer Anträge, die aber teils sofort abgelehnt wurden, zum anderen Teil aber deshalb keine Bedeutung haben, weil sie nicht endgültig angenommen, sondern nur der gemeinsamen Kommission überwiesen werden, wird die Generalversammlung des Verbandes der Sortierer geschlossen mit dem Hinweis, daß nunmehr die gemeinsame Generalversammlung mit dem Verband der Tabakarbeiter die weiteren Arbeiten zu erledigen habe.

3. Die gemeinsame Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes und des Verbandes der Zigarrensortierer.

Nachdem, wie aus obigem Bericht hervorgeht, die Einzelberatungen der beiden Verbände soweit vorgeschritten waren, daß die für die gemeinsame Statutenberatung eingesetzte Kommission ihren Bericht geben konnte, traten beide Verbände am Mittwoch, den 15. Mai, zu gemeinsamer Sitzung zusammen, um den Kommissionsbericht über das neue Statut entgegenzunehmen und den Rest der Tagesordnung zu erledigen. Es wurde beschlossen, daß der neue Verband den Namen „Deutscher Tabakarbeiterverband“ führen soll. Aus dem Bericht der Kommission, der mit unwesentlichen Änderungen auch angenommen wurde, ist hervorzuheben, daß das Beitrittsgeld zum Verband 50 Pf. beträgt, daß die Wochenbeiträge in der 1. Klasse 35 Pf., 2. Klasse 45 Pf., 3. Klasse 55 Pf., 4. Klasse 70 Pf., 5. Klasse 100 Pf., 6. Klasse 120 Pf. betragen.

Streif- und Aussperrungsunterstützung beträgt nach mindestens 26wöchiger Mitgliedschaft:

in der 1. Klasse	1,50 Mk. pro Tag	= 9,- Mk. pro Woche.
" 2 "	1,75 " " "	= 10,50 " " "
" 3. "	2,- " " "	= 12,- " " "
" 4. "	2,25 " " "	= 13,50 " " "
" 5. u. 6. "	2,50 " " "	= 15,- " " "

Außerdem erhalten streifende und ausgesperrte Mitglieder mit Kindern unter 14 Jahren, zu deren Ernährung sie verpflichtet sind, eine Unterstützung von 75 Pf. pro Kind und Woche.

An Arbeitslosenunterstützung zahlt der Verband:

in Klasse 1	0,90 Mk. pro Tag	= 5,40 Mk. pro Woche
" 2	1,20 " " "	= 7,20 " " "
" 3	1,50 " " "	= 9,- " " "
" 4	1,80 " " "	= 10,80 " " "
" 5	2,10 " " "	= 12,60 " " "
" 6	2,50 " " "	= 15,- " " "

Diese Unterstützung wird bereits nach einer 26wöchigen Mitgliedschaft gewährt, und zwar

im 1. Mitgliedsjahr bis zu 2 Wochen

" 2. "	" "	4 "
" 3. "	" "	6 "
" 4. "	" "	8 "
" 5. "	" "	10 "
" 6. "	" "	11 "
" 7. "	" "	12 "

Eine erwähnenswerte Bestimmung zur Arbeitslosenunterstützung ist noch folgende: An Mitglieder, welche ihre Arbeitsstellen freiwillig aufgeben, ist ebenfalls die statutarische Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, wenn sie innerhalb dreier Tage den Ort verlassen und sich auf die Wanderschaft begeben. Auch wird an Mitglieder die Arbeitslosenunterstützung gezahlt, die mit Zustimmung der Bevollmächtigten die Arbeitsstellen aus einem triftigen Grunde aufgeben.

Umzugsunterstützung wird nach einer Mitgliedschaftsdauer von mindestens zwei Jahren gezahlt, und zwar innerhalb zwei Jahren nur einmal. Sie beträgt

im 3. Mitgliedschaftsjahr bis zu 20 Mf.

" 4. "	" "	30 "
" 5. "	" "	40 "
" 6. "	" "	50 "
" 7. "	" "	60 "

Beim § 11, der die Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung regelt, gab es eine lebhaftere Auseinandersetzung. Es soll gezahlt werden:

in Klasse 1	0,35 Mf. pro Tag	=	2,10 Mf. pro Woche.
" "	2 0,50 "	"	3,—" "
" "	3 0,70 "	"	4,20 " "
" "	4 1,05 "	"	6,30 " "
" "	5 1,90 "	"	11,40 " "
" "	6 2,45 "	"	14,70 " "

und zwar nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft. Die Dauer der Unterstützung beträgt:

im 2. Mitgliedsjahr bis zu 6 Wochen.

" 3. "	" "	10 "
" 4. "	" "	14 "
" 5. "	" "	18 "
" 6. "	" "	22 "
" 7. "	" "	26 "

Ein Streit entstand darüber, ob so wie bisher nach einer Mitgliedschaft von 26 Wochen bereits die Bezugsberechtigung beginnen sollte, oder erst nach einer Mitgliedschaft von mindestens 52 Wochen. Besonders die Delegierten aus Westfalen waren es, die sich für die Krankenunterstützung nach einer Mitgliedschaft von 26 Wochen ins Zeug legten, weil sie fürchteten, daß die Mitglieder davongehen könnten, wenn die Karenzzeit von 26 Wochen auf 52 Wochen erhöht würde. Es war keine erhebende Diskussion, daß die Delegierten aus Westfalen es gerade waren, die sich dagegen wehrten, daß durch eine solche Erhöhung der Karenzzeit die Finanzen des Verbandes gestärkt werden, um mehr für die eigentlichen Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu haben. Im Gegenteil, es machte einen peinlichen Eindruck, daß Delegierte aus dem Distrikt, der nicht nur die ganze Kraft des Verbandes, sondern darüber hinaus eine recht kräftige Unterstützung der ganzen Gewerkschaften Deutschlands im verflochtenen Winter erfahren hat, sich gegen die Kampfstärkung des Verbandes wandten. Es gelang ja allerdings am Schluß, zu verhüten, daß die Vorschläge der Kommission in bezug auf diesen Punkt verächtlicht wurden, so daß nach den Vor-

schlägen wirklich eine Stärkung der Kampffähigkeit des Verbandes eintritt.

Die Sterbeunterstützung ist in folgender Weise geregelt. Es erhalten Hinterbliebene von

Mitgliedern der 1. Klasse	15,— Mf.
" " 2. "	17,50 "
" " 3. "	20,— "
" " 4. "	25,— "
" " 5. "	37,50 "
" " 6. "	45,— "

wenn das Mitglied mindestens 52 Wochen dem Verband angehört hat. Diese Sätze erhöhen sich mit jedem weiteren zurückgelegten Mitgliedsjahr um 5 Mf. bis zum Höchstbetrage in

Klasse 1	von 40,— Mf.
" 2 "	42,50 "
" 3 "	45,— "
" 4 "	50,— "
" 5 "	62,— "
" 6 "	70,— "

Außerdem erhalten verheiratete Mitglieder nach einer sechsjährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft beim Ableben ihrer Ehehälfte eine Unterstützung, welche beträgt:

in der 1. Klasse	22,50 Mf
" " 2. "	25,— "
" " 3. "	27,50 "
" " 4. "	32,50 "
" " 5. "	45,— "
" " 6. "	52,50 "

Als bemerkenswert ist noch zu erwähnen, daß im § 20 festgelegt ist, daß alle zwei Jahre ein Verbandstag stattfindet, der nächste Verbandstag aber erst in drei Jahren stattfinden wird, und zwar ist dies beschlossen mit der Begründung, daß erst einmal die Wirkung des Unterstützungswesens nach den neuen Regeln voll erprobt werden soll.

Die Beratung des Streikreglements und des Wahlreglements erfolgt, von geringfügigen Änderungen abgesehen, nach den Vorschlägen der Kommission. Des weiteren wurde ein Antrag folgenden Inhalts angenommen:

„Der Verbandstag beschließt, daß durch die Neuregelung der durch das Gesetz über die Versicherung der Privatangehörigen geschaffenen Verhältnisse den Beamten unseres Verbandes keine Mehrbelastung erwachsen soll, diese vielmehr vom Verband übernommen wird.“

Nummehr erfolgte die Abstimmung über das Gesamtstatut. Dasselbe wurde einstimmig angenommen.

Die Delegierten des alten Tabakarbeiterverbandes regelten nunmehr noch eine nicht erledigte Beschwerde, die sich um die Wiederaufnahme eines vor einer Reihe von Jahren ausgeschlossenen Verbandsfunktionärs drehte.

Inzwischen traten die Delegierten des bisherigen Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbefeher in einem getrennten Raum zu einer letzten Besprechung zusammen, um der Form genügend, nunmehr endgiltig ihren Beitritt zum neugegründeten Deutschen Tabakarbeiterverband zu beschließen. Das ist dann auch nach einer ausgezeichneten Schlußrede des Genossen Elm geschehen.

Es folgte nun in einer wieder gemeinsamen Sitzung des neuen Verbandes die Erledigung des Restes der Tagesordnung. Zunächst referierte Genosse Deichmann über: „Unsere Lohnkämpfe“. Redner schilderte die wachsende Schwierigkeit, mit der die Tabakarbeiter bei ihren Kämpfen zu rechnen

haben, und wie notwendig es sei, angesichts dieser immer mehr anwachsenden Schwierigkeit die Organisation groß und kräftig zu gestalten. Die Diskussion über den Vortrag war recht ausgedehnt, da in ihm auch die Frage der Tarifverträge für die Tabakindustrie angeschnitten war. In der Diskussion gelangte auch die Beziehung der Tabakarbeiter zu den Konsumgenossenschaften zur Besprechung und wurde damit auch diese Angelegenheit Gegenstand eingehender Beratung. Der Referent erklärte in seinem Schlusswort, daß zwar die Unterstützung der Konsumgenossenschaften eventuell durch Boykott und die Hilfe der Genossenschaften zweckmäßig mit in Anspruch zu nehmen sei, die Hauptsache aber wäre, daß die Tabakarbeiter sich auf ihre eigene Kraft verlassen und eine Organisation aufbauen, die in der Lage ist, mit Nachdruck die Interessen der Tabakarbeiter Deutschlands zu vertreten. Der vom Referenten gestellte Antrag, den Vorstand zu beauftragen, alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um die Tarifvertragspolitik im Sinne des von ihm gehaltenen Referats zu fördern, wurde einstimmig angenommen und damit alle übrigen Anträge als erledigt erklärt.

Die Wahlen zeitigten folgendes Resultat: Deichmann 1. Vorsitzender; Nieder-Welland 1. Kassierer; Krohn 2. Kassierer; Tiedermann und Husing-Nordhausen Sekretäre. Als weiterer Angestellter tritt der Genosse Arnhold, bisher Vorsitzender des Verbandes der Zigarrenfortierer, in den Vorstand des neuen Verbandes ein. Als Vorsitzender des Verbandsausschusses wird Eilken-Altona gewählt. Damit war die Tagesordnung des Verbandstages erschöpft und wurde der Verbandstag mit einem Hoch auf die neugegründete Organisation geschlossen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß in einem Nebenraum des Sitzungsraumes eine Ausstellung von Hunderten verschiedener Zigarrensorten etabliert war. Jede Zigarre war mit dem hierfür gezahlten Herstellungspreis versehen. Der Zweck dieser Ausstellung war, den auswärtigen, besonders den westfälischen Delegierten die Preise für die verschiedenen Zigarrenmuster vor Augen zu führen, um einen Vergleich mit den Preisen an den verschiedenen Orten zu ermöglichen. Der Zweck dieser Ausstellung ist auch vollkommen erreicht, denn augenscheinlich wirkte diese Ausstellung derart, daß man wohl sagen darf, eine noch so gute Statistik hätte so vollständig die Verschiedenartigkeit der Preise für ein und dieselbe Arbeit an den verschiedenen Orten nicht klar machen können.

Sicherlich wird diese Neuheit ihre Fortsetzung finden, und so den Tabakarbeitern ein weiteres Hilfsmittel bei ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Hand geben.

Lohnbewegungen und Streiks.

Vom Streik in den russischen Goldwäschereien.

In den Tagen, als die ganze Welt voll Entsetzen den Nachrichten über die „Titanic“-Katastrophe lauschte, wurde seitens der russischen Regierung der Versuch gemacht, einen friedlichen Streik russischer Arbeiter mit Gewalt zu beendigen. Wir haben bereits mitgeteilt, wieviel Menschenleben dieser Versuch gekostet hat. Wenn die wirklichen Urheber der „Titanic“-Katastrophe sich noch bis zu einem gewissen Grade auf die unvorhergesehenen Naturkräfte zu ihrer Rechtfertigung scheinbar berufen können, so

steht die russische Tat, das Resultat der Degradierung des Menschen zu einem Arbeitstier, die Folge der ungeheuren Verachtung des Menschenlebens, unverhüllt da. Nachdem 500 Menschen ihres Lebens oder ihrer Gesundheit beraubt sind, fragt sich jedermann, wozu dies geschehen ist. Und der Gewissenlosigkeit unter den Vertretern der nackten Gewalt findet keine Ausrede, weiß nicht auf welche Weise die Sache zu verteidigen ist. Um den Sachverhalt zu verdunkeln, erzählt man, daß der Streik „ein politischer“ war, als ob die Aufstellung von sogar äußersten Forderungen an sich zu Gewaltmaßnahmen berechtigt. Politisch soll der Streik deshalb gewesen sein, weil unter den Forderungen der Achtstundentag und das Verlangen der Anrede mit „Sie“ anstatt der bisherigen mit „Du“ sich befanden! Es ist unglaublich, aber so wird die Geschichte begründet. Denken Sie sich nur einen politischen Streik, einen Streik also, der darauf hinauszielt, auf politische Verhältnisse des Staates einzuwirken, in der entlegensten Gegend Sibiriens, 2000 Werst (zirka 2150 Kilometer) von der nächsten Eisenbahnstation, an einem Orte, zu dem man infolge Wegelosigkeit nur während einiger Wochen im Winter und im Sommer gelangen kann! Merkwürdig muß es in den Köpfen der Gewaltherren aussehen.

An den Nebenflüssen der Lena, die in das Nördliche Eismeer fließt, in den Regierungsbezirken Witim und Olenok, wurde Gold seit geraumer Zeit gefunden. Allmählich bildeten sich Unternehmungen, die regelmäßige Betriebe geschaffen haben. Auch Ausländer, und zwar Engländer, interessierten sich für dieses märchenhafte Land, das inmitten der Tundren und undurchdringlichen Wälder gelegen, in außerordentlich ungünstigen klimatischen Verhältnissen, ohne jede Bevölkerung, dennoch unschätzbare Reichtümer in sich birgt. Durch Ankauf und sonstige Manipulationen gelang es einer englischen Kapitalistengruppe das ganze Gebiet in eigenen Besitz zu bringen. Nur die Kompanie weiß wahrscheinlich dessen Dimensionen. Sie sollen der Fläche ganz Frankreichs gleich sein. Die Gesellschaft hat sich endgültig Mitte des Jahres 1910 gebildet. Ihr eingezahltes Kapital beträgt über 25 000 000 Mk. Im Jahre 1910 hatte die „Lena Goldfields Co. Limited“ bereits einen Reingewinn von 351 000 Pfund Sterling, d. h. zirka 35 Proz. vom eingezahlten Kapital. Die Aktien, deren nomineller Wert 450 Rubel beträgt, wurden Ende desselben Jahre 1910 an der Petersburger Börse bereits mit 3250 Rubeln, im Januar 1911 mit 3490 Rubeln, im Februar 1911 mit 4100 Rubeln, im März 1911 mit 5450 Rubeln usw. notiert. Die Goldausbeute beträgt jährlich 16 500-Kilogramm. Eine furchtbare Börsenspekulation entwickelte sich um diese Papiere, eine Spekulation, an der viele russische Financiers sich beteiligt und bereichert haben.

Indes die Arbeiter der 48 Goldgruben der Gesellschaft lebten unter den entsetzlichen Bedingungen. Von allen Seiten zusammengezogen, aus verschiedensten Elementen bestehend, wurden die Arbeiter, die Goldgewinner, dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade überlassen. Die Gesellschaft ist in diesem Gebiet ein vollständiger Alleinherrscher. Der Arbeiter wohnt in den Kasernen des Arbeitgebers, bezieht Lebensmittel aus dessen Speichern, befriedigt seine sämtlichen Lebensbedürfnisse, soweit es der Arbeitgeber zuläßt. Das Unternehmen ist ein vollständig abgeschlossener Organismus, ein Staat im Staate. Da sonst keine Bevölkerung, keine Ansiedelungen, gibt es keine Möglichkeit anderweitig einzukaufen,

die ganze Arbeiterschaft. An den nächsten Tagen erscheinen keine Zeitungen.

Und diese Bewegung hat bereits einen großen Erfolg zu verzeichnen. In der Sitzung der Duma vom 18. April (1. Mai) erhob sich der Handelsminister, um im Namen der Regierung zu erklären, daß die Regierung beschlossen hat, eine Untersuchungskommission mit außerordentlichen Vollmachten nach dem Streikort zu entsenden. An die Spitze soll ein, das besondere Vertrauen des Zaren genießender Würdenträger gestellt werden. Die Untersuchung wie das Ergebnis derselben sollen öffentlich erfolgen und bekanntgegeben werden. Da die Streitgegend jetzt vollständig unerreichbar ist, wird die Abreise der Kommission erst in zwei Monaten erfolgen können.

Dem mächtigen Protest der Arbeiterschaft hat die Regierung nachgegeben. Hoffen wir, daß dieser Protest den Ausgang einer neuen Ära der russischen Arbeiterbewegung bilden wird.

Streiks und Aussperrungen.

Auf der Hamburger Vulkanwerft war kurz vor der diesjährigen Maifeier ein Kampf ausgebrochen, der Weiterungen nach sich zu ziehen drohte. Wie alljährlich drohten auch dieses Jahr die Hamburger Werften, jeden Maifeiernden auf 10 Tage auszusperrn. Der Anschlag dieser Drohung rief unter den Arbeitern auf der Vulkanwerft große Erregung hervor. Zu gleicher Zeit wurde der Obmann des Arbeiterausschusses von der Direktion gemahnt, angeblich, weil er Verbandsbeiträge im Betriebe einkassiert habe. Ein Vorarbeiter wollte gesehen haben, wie er diese Verbandsbeiträge während der Arbeitszeit erledigt habe. Die Werftarbeiter bestreiten dies; in Hamburg ist die Hauskassierung eingeführt, niemand außer den Hauskassierern habe Beitragsmarken. Dagegen habe der Gemahnte als Obmann des Arbeiterausschusses eine Beschwerde entgegengenommen. Da die Direktion die Wiedereinstellung ablehnte, wurde die Arbeit eingestellt. Verhandlungen mit der Direktion führten zu dem Ergebnis, daß sie den Entlassenen wieder einstellen wollte, wenn durch eine gerichtliche Klage gegen den betreffenden Vorarbeiter die Unrichtigkeit seiner Behauptungen erwiesen wird. Die Arbeiter verlangten dagegen die sofortige Einstellung bis zum Austrag der Privatklage. In einer Versammlung am 7. Mai traten die Bevollmächtigten Kürbis und Koch vom Metallarbeiterverband für die Wiederaufnahme der Arbeit ein, weil das Kampfobjekt nicht der durch den Kampf entstehenden Opfer wert sei. Zudem habe der Verband der Metallindustriellen die Einstellung des Gemahnten ohne wirtschaftliche Schädigung in einem anderen Betriebe zugestanden. Die streikenden Arbeiter lehnten jedoch den Antrag ihrer Organisationsvertreter mit 2298 gegen 532 Stimmen ab. Nach nochmaligen Verhandlungen mit der Direktion haben die Arbeiter jedoch die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Bewegung im Hamburger Hafen ist noch nicht beendet. Immerhin sind inzwischen wieder einige nicht unbedeutende Veränderungen eingetreten. Zunächst haben die Rheber eine Erhöhung des Ueberstundenlohnes um 10 Pf. vorgenommen, und zwar bei den in transatlantischer Fahrt tätigen Rhebereien. Da anfangs bekanntgegeben war, daß die Erhöhung nur die Unteroffiziere, Matrosen, Leichtmatrosen und Jungen betreffe, ergaben sich bereits bei den Anmusterungen Schwierigkeiten, die nunmehr beseitigt sind, indem die Erhöhung auf Anregung der Organisationen nicht nur das Deckpersonal, sondern auch das Maschinenpersonal trifft. Ferner will der Verein Hamburger Rheber durch eine Sachverständigenkommission Grundsätze für eine einheitliche Ueberstundenberechnung ausarbeiten lassen. Die Seeleute haben zu der Angelegenheit noch nicht Stellung genommen. — Beendet ist zum wesentlichen Teile die Flugmaschinenbewegung. Anfangs schien es, als ob die Streik unerbittlich sei, die Kündigungen waren bereits eingereicht, als in letzter Stunde der Verein der Vereinigten Flugiergeschäftsinhaber einlenkte und in wesentlichen Punkten entgegenkam; ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen, der auch mit dem Transportarbeiterverbande sowie für die in diesem organisierten Maschinenisten vereinbart werden soll. Es stehen dann nur noch wenige Betriebe aus, die nicht von besonderer Bedeutung sind und sich jedenfalls dem Vorgehen der maßgebenden Firmen anschließen werden. Der Vertrag sieht zum Teil erhebliche materielle Verbesserungen vor. Der Wochenlohn beträgt 38 Mk., bei Paggerarbeiten, soweit nicht die Dampfer im Hamburg-Altonaer Hafen anliegen, 42 Mk., bei Fahrten auf der Unterelbe 50 Mk., ebenso sind die Sätze für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit usw. nicht unbedeutend aufgebessert, so daß im allgemeinen die Maschinenisten mit dem Erfolg der ersten größeren Bewegung, die sie im Hafen geschlossen durchführten, wohl zufrieden sein können. — Nicht zustande gekommen ist leider der für die Schiffs- und Kesselreiniger vorgesehene Tarifvertrag. Obwohl er namentlich für die Kesselreiniger eine wesentliche Lohn-erhöhung vorsah, bot er auf der anderen Seite nicht das, was die Arbeiter billig beanspruchen zu können glaubten. Da die Unternehmer zu einem weiteren Entgegenkommen nicht zu bewegen waren, lehnten die Arbeiter den Tarif ab. Ihre hauptsächlichsten Einwände sollen den Unternehmern unterbreitet werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese den größeren Wünschen Rechnung tragen werden. Andernfalls wird der ursprünglich von dem Hafenbetriebsverein vorgeschlagene Tarif von diesem autonom, aber ohne die vorgesehenen Staffelungen, in Kraft gesetzt werden, der für die Arbeiter unter 18 Jahren 3,90 Mk., über 18 Jahren 4,20 Mk. Tagelohn vorsieht und eine Verbesserung der Ueberstundensätze und Extralöhne bringt. — Von dieser Gruppe abgesehen, stehen nunmehr noch die Speditionsarbeiter und die Kaiarbeiter aus, für die in nächster Zeit die Entscheidung fallen dürfte.

Arbeiterversicherung.

Die Beteiligung an den Krankenkassenvertreterwahlen.

Ueber die Ergebnisse der Wahlen der Vertreter der Versicherten in die Generalversammlungen der Ortskrankenkassen finden nur vereinzelt Veröffentlichungen statt. Das hat seinen Grund darin, daß bei diesen Wahlen in der Regel ein Wahlkampf nicht stattfindet, da bei dem herrschenden Wahlverfahren nach dem Mehrheitsprinzip von vornherein der Sieg der Vorschläge der freien Gewerkschaften sichersteht. Das wird in Zukunft anders werden. Die Reichsversicherungsordnung schreibt für diese Wahlen obligatorisch das Verhältniswahlverfahren vor. Es kommt zukünftig nicht darauf an, zu siegen, sondern es handelt sich darum, möglichst viel Sitze zu erobern. Man führt das

irgendwie für sich Schutz zu holen, dem Engagement den Rücken zu kehren. Es ist bezeichnend, daß sogar die Friedensrichter, die als Organe der Regierung fungieren, ihr Gehalt von der Gesellschaft beziehen und nicht vom Fiskus.

Der Arbeitslohn beträgt im Durchschnitt ein Rubel 25 Kopeken (= 2,60 Mk.), wobei es Löhne bis zu 80 Kopeken pro Tag gibt. Der Lohn wird nicht in bar ausgezahlt. Anstatt dessen erhalten die Arbeiter Marken, womit sie sich dann aus den Läden der Kompagnie Waren holen. Die Wohnungen spotten jeder Beschreibung. Schlecht geheizt, naß, antihygienisch, gewähren sie nicht für sämtliche Bewohner genügend Raum. In denselben Räumen wohnen durcheinander Verheiratete mit ihren Familien und Ledige. Da die Arbeit im Wasser verrichtet wird, bedarf die Wäsche und Kleidung der Trocknung. Dies geschieht in denselben Schlafräumen. Es ist kein Wunder, daß diese schrecklichen Lebensbedingungen den Arbeiter dazu bringen, daß er im Schnaps Vergessenheit sucht. Die furchtbare Arbeit, ständig im Wasser, macht es auch, daß der Arbeiter sich durch den Schnapsgenuß erwärmen will. Nirgends wird so viel getrunken wie dort, wovon die Unternehmer den Schluß ziehen, daß die Arbeiter es nirgends so gut haben wie bei ihnen . . .

Am 29. Januar d. J. ereignete sich auf einer Goldgrube ein Zwischenfall, worauf 900 dort beschäftigte Arbeiter die Arbeit niederlegten. Sofort verbreitete sich der Streik auf sämtliche 6000 Arbeiter (im Winter wird eine verminderte Zahl von Arbeitern beschäftigt) und es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Achtstundentag (anstatt Zehnstundentag); Erhöhung des Lohnes um 30 Proz.; Aufhebung des Strafsystems; Lohnzahlung in bar; Anerkennung des Arbeiterausschusses, mit dessen Einwilligung die Entlohnung der Arbeiter geschehen darf; Unantastbarkeit der Arbeitervertreter; Höflichkeit in der Behandlung; Besserstellung der ärztlichen Hilfe; bessere Bezahlung der Ueberstunden und Berechnung der Zeit für den Weg in die entfernt gelegenen Arbeitsstellen; Aushändigung des Arbeitsbuches; Entlassung von 27 Personen aus der Administration. Beim Abschluß der Verträge mit ihren Arbeitern wird vereinbart, daß jeder gerichtliche Weg zur Geltendmachung der Forderungen gegenüber der Kompagnie auf Grund des Vertrages ausgeschlossen ist. Die Streitenden verlangten nunmehr, daß dieser Beschneidung ihrer Bürgerrechte ein Ende gemacht wird.

Zur Führung des Streiks wurde eine Kommission, bestehend aus 10 Delegierten, gewählt. Der Streik verlief äußerst ruhig und diszipliniert. Die Streitenden versammelten sich täglich in ihrem Lokal und waren ihres Sieges sicher. Inzwischen erhob die Kompagnie Klage gegen die Arbeiter auf Räumung der Wohnungen. Die gefügigen, von der Gesellschaft besoldeten Richter fällten das entsprechende Urteil. Zu dieser Zeit besteht keine Möglichkeit, aus dem Raion zu verreisen. Die tausenden Arbeiter sollten direkt in den Wald hinausgeworfen werden. Es sollte ihnen aus den Geschäften der Kompagnie nichts verkauft werden. Und doch, alles dies konnte nicht die Entschlossenheit brechen. Der Streik ging ruhig weiter. Dann wurden am Ende der fünften Streitwoche, in der Nacht zum 4. April die Streikführer, die Kommission, verhaftet. Am nächsten Tage versammelte sich die Menge, es wurde ein Gesuch um Freilassung der Inhaftierten zusammengestellt und die Arbeiter, 5—6000 an der Zahl, gingen zum Hause des Staatsanwalts, um

das Gesuch zu überreichen. Unterwegs traf die Menge den Berginspektor, der es versuchen wollte, sich mit den Arbeitern auseinanderzusetzen. Als der Berginspektor Tultschinski noch mit den Arbeitern sprach, ertönte plötzlich ein Signal zum Schießen. Daß das Signal von seiten der Streitenden nicht ernst genommen wurde, ist schon daraus klar, daß der Berginspektor den Ort nicht verließ. Und dessenungeachtet feuerten die Soldaten, von den Arbeitern nur 100 Schritte entfernt; die Arbeiter stürzten zu Boden, worauf noch drei Salven abgegeben wurden. Der Berginspektor wurde nur dadurch zufällig gerettet, daß ihn die stürzenden Arbeiter mit ihren Körpern deckten.

Es ist begreiflich, daß die Kunde von diesem Niederknallen friedlicher Arbeiter überall in Rußland Empörung und Widerwillen hervorgerufen hat. Vier Interpellationen wurden in der Reichsduma sofort zur Besprechung gestellt. Der Minister des Innern, wie es einem Polizeiminister nicht anders gebührt, erklärte, daß alles so vorgegangen ist, wie es sein mußte. Die Ordnung mußte wiederhergestellt werden — und basta! Der Handelsminister, der die wirtschaftlichen Fragen der Interpellationen beantwortete, gab zu, daß große und schwere Mißbräuche in den Arbeitsverhältnissen der Kompagnie herrschten, und führte im einzelnen an, was die Regierung getan hat, um die Hartnäckigkeit in der Nichterfüllung der gesetzlichen Vorschriften zu brechen. Das führende Organ der Reaktion (die russische Kreuzzeitung), die „Nowoje Wrenja“, fragt: unterhalten sich die Minister wenigstens telephonisch? Woher denn dieser Widerspruch in den Schilderungen? Die Rechte, die schwarze Reaktion, die Dunkelmänner, die gegen alles und alle heßen, gegen Polen, Finländer, Juden, Deutsche, gegen Katholiken und Lutheraner, gegen alle Andersgläubige und Andersdenkende, in demselben Atemzuge, in dem die Niederschießung der Arbeiter gebilligt und sogar gepriesen wird, schlägt sie solche warme Töne der Arbeiterliebe an, daß es auf den ersten Blick unverstänlich erscheint. Diese wirklich blutgierigen Reaktionäre bringen solche ergreifenden Schilderungen der traurigen Lage der Arbeiter, daß der Streik keiner besseren Begründung bedarf. Dies wird jedoch getan, um zu zeigen, daß nicht die Regierung an die Niederschießung, sondern die Unternehmer die Schuld daran tragen, daß die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben wurden. Warum jedoch diese fürchterliche Feindschaft gegen diese der russischen Regierung so nahe stehende Gesellschaft? Die Frage ist leicht zu beantworten: an der Spitze der russischen Verwaltung des englischen Unternehmens steht ein Jude, ein jüdischer Baron, wenngleich ein kaiserlich russischer wirklicher Staatsrat Erzellenz Ginzburg! So wird es verständlich sein, daß von allen Seiten der Duma der Empörung über die Zustände auf den Werken Ausdruck gegeben wurde.

Gleichzeitig, ohne jede „Einwirkung von außen“, reagierten die Arbeiter in den meisten Industrieorten gegen die Greuelthat der Regierung, gegen die unverschämte Haltung des Polizeiministers. Noch vor kurzem sprachen die Regierungsvertreter von einer „Beruhigung“ Rußlands, unter welcher man die Niederwerfung der Arbeiter verstand. Und nun plötzlich, ohne Vorbereitung, aus Solidaritätsgefühl geboren, eine mächtige Protestbewegung, deren Wogen sich über ganz Rußland verbreiten! Bisher wurden Streiks gemeldet: aus Petersburg, Moskau, Riem, Jekaterinoslaw, Odeffa, Elisawetgrad, Nikolajew, Kertsch usw. Die Streiks dauern 1—3 Tage, umfassen

1911 noch zwei Gruppen. Die Wahlbeteiligung war daher wie immer eine verhältnismäßig rege. Es wurden 34 854 männliche und 3226 weibliche Stimmen abgegeben.

Wie gering die Wahlbeteiligung ist, wenn nur eine Liste, und zwar die der freien Gewerkschaften zur Wahl steht, mögen noch folgende Beispiele zeigen. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bremen (25 000 Mitglieder) wählten 175 Versicherte 252 Generalversammlungsvertreter, bei der Gewerblichen Ortskrankenkasse in Zittau wählten 47 Versicherte 110 Vertreter, bei der Ortskrankenkasse Kiel (22 000 Mitglieder) wählten 105 Versicherte 215 Vertreter, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Homburg v. d. S. wählten 44 Versicherte 94 Vertreter, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Aschersleben wählten 70 Versicherte 139 Vertreter usw.

Die Verhältniswahl wird allen gegnerischen Elementen neuen Mut einflößen. Es liegt an uns, unsere Anhängerschaft rechtzeitig auf die veränderte Situation hinzuweisen. Das wird den Vorteil haben, daß das Interesse an der Krankenversicherung und den Krankenkassen gehoben und eine neue Gelegenheit zur Propagierung unserer Bestrebungen geschaffen wird. Alles Vorhaben, uns Nachteile zu bereiten, muß und wird uns nur Vorteile bringen!

F. r. Kleis.

Gewerbegerichtliches.

Gewerbegerichtswahl in Köln.

Unter etwas schwächerer Beteiligung als bei früheren Wahlen fand am 12. April d. J. die diesmalige Wahl statt.

Das Ergebnis für die Arbeitnehmer ist:

	1912	1906	
Freie Gewerkschaften	17 987	16 249	St.
Christliche Gewerkschaften	7 616	7 610	"
Hirsch-Dundersche Gewerkver.	810	482	"

Da zum ersten Male nach dem Proporzwahlssystem mit gebundenen Listen gewählt wurde, während bei der Wahl 1906 überhaupt zum ersten Male mittels Proporz und mit ungebundenen Listen gewählt wurde, erhalten die einzelnen Parteien an Sitzen:

	1912	1906
Freie Gewerkschaften	28	27
Christliche Gewerkschaften	11	13
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine	1	0

Der Stimmenzuwachs der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erklärt sich dadurch, daß Hunderte von christlichen Arbeitern, die sich nicht entschließen konnten, den freien Gewerkschaften ihre Stimme zu geben, die Liste der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine wählten.

Bei den Arbeitgebern, die nach dem Proporz und nach Gruppen wählten, kam nur eine Wahl für das Kleingewerbe zustande, da in der Gruppe Großindustrie und Handelsgewerbe nur je eine Liste eingereicht war. Im Kleingewerbe erhalten die Innungen 21, die sozialdemokratischen Arbeitgeber 4 Sitze. Gegen die früheren Wahlen, die sehr erbittert auf beiden Seiten geführt wurden, ging es diesmal äußerst ruhig zu.

Gewerbegerichtswahl in Mannheim.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mannheim am 24. April entfielen im Stadtbezirk auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 10 398 Stimmen, gegenüber

6820 Stimmen bei der letzten Wahl im Jahre 1909. Die Christlichen brachten es auf 1090 Stimmen (18 Stimmen weniger als bei der letzten Wahl). Sie büßten zwei Sitze ein. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erhielten auf ihren Wahlvorschlag 108 Stimmen weniger als auf den vor drei Jahren. Mit 481 Stimmen behaupteten sie ihre zwei Sitze. Die Christlichen haben noch 3, die freien Gewerkschaften 32 Vertreter auf dem Gewerbegericht. Letztere gewannen mit ihrer um 3578 erhöhten Stimmengiffer zwei Sitze.

Zu dem Gewerbegericht stellen noch drei Landgemeinden des Bezirks Vertreter. In Sandhofen wurden mit 222 Stimmen vier Genossen gewählt. Gegenvorschläge waren nicht gemacht. In Rheinau wurden zwei Genossen gewählt. Sie erhielten 322 Stimmen; die Christlichen brachten es auf 113 Stimmen. In Seckenheim blieben diese mit 131 Stimmen gleichfalls in der Minorität. Auf die Liste des Gewerkschaftsartikels entfielen 190 Stimmen. Hier sind gleichfalls zwei Genossen gewählt. (In den Landgemeinden erfolgen die Wahlen noch nach dem Majoritätsprinzip.) Insgesamt haben die freien Gewerkschaften nunmehr 40 Vertreter auf dem Gewerbegericht und außerdem erlangten sie noch mit einer Arbeiterliste drei Sitze.

Andere Organisationen.

Aus der polnisch-nationalistischen Gewerkschaftsbewegung.

Es mag auf den ersten Blick wunderbar erscheinen, daß die Stellungnahme der national-polnischen Reichstagsfraktion bei der sogenannten Reichsfinanzreform in ihren Folgewirkungen den Vertretern der Polnischen Berufsvereinigung den Weg in dieselbe geebnet hat. Das Zusammengehen der polnischen Abgeordneten im Jahre 1909 mit dem blau-schwarzen Block beim Botieren der drückenden indirekten Steuern hat eine merkliche Unzufriedenheit in den Reihen der nationalistisch gesinnten polnischen Arbeiter erzeugt — man versuchte sie aus der Welt zu bringen, indem man schon bei der Reichstagsersatzwahl in Posen im April 1910 den polnischen Arbeiterwählern als Entgelt für den infamen Volksverrat der polnischen Reichstagsfraktion die Kandidatur des Herrn Nowicki, des Vorsitzenden der Handwerkerfachabteilung der Polnischen Berufsvereinigung, präsentierte. Wenngleich die Stimmengahl der Sozialdemokratie bei dieser Ersatzwahl bedeutend in die Höhe schnellte, so war sie jedoch noch zu unbedeutend, um irgendwelchen praktischen Einfluß auf das Ergebnis der Wahl ausüben zu können. Herr Nowicki zog als der erste national-polnische „Arbeiter“-Abgeordnete in den Reichstag ein. Bis zu der Auflösung des alten Reichstags, während anderthalb Jahren, merkte man gar nichts von seiner Tätigkeit im Interesse der polnischen Arbeiter auf der parlamentarischen Arena.

Bei den diesjährigen allgemeinen Wahlen wurde dieser stumme Herr neugewählt — die Stimmengahl der Sozialdemokratie stieg im Posener Wahlkreis auf 3574 gegenüber 1377 Stimmen vor fünf Jahren. Außerdem wurde diesmal im oberschlesischen Wahlkreis Kattowitz-Jabrze an Stelle des politisch bankrott gewordenen ehemaligen Nationaldemokraten Korfanty der Vorsitzende des Centralvorstandes der Polnischen Berufsvereinigung, Herr Adalbert Sosinski,

Verhältnismahlverfahren hier bei den Krankenkassen ein, wo die freien Gewerkschaften dominieren, um auch der nationalen Arbeiterschaft eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung zu schaffen. Dort, wo aber die nationalen Mannen herrschen, fällt es ihnen nicht ein, durch den Proporz auch uns den Einzug zu vermitteln. Die allgemeine Verhältnismahl wird bei vielen Krankenkassen den Wahlen zum Ausschuß (wie in Zukunft die Generalversammlung heißen wird) ein anderes Gepräge verleihen. Es kann heute noch nicht unsere Aufgabe sein, nähere Winke für die Wahltaktik zu geben. Eine Uebersicht über die bestehenden Verhältnisse dürfte aber von großem Vorteil sein. Unterzeichneter hat daher bei einer Anzahl Ortskrankenkassen eine kleine Erhebung vorgenommen. Der Statistik liegt das Ergebnis der letzten Generalversammlungsvertreterwahlen von 65 Ortskrankenkassen in den verschiedensten Städten zugrunde. Die Kassen hatten zusammen 1 359 503 Mitglieder, so daß auf eine Kasse im Durchschnitt zirka 21 000 Mitglieder entfallen. Schon hieraus ist ersichtlich, daß es sich nur um die größten Ortskrankenkassen in den großen Städten handelt. Unter den Mitgliedern befanden sich 832 261 männliche und 527 242 weibliche. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist sehr stark; er steht erheblich über dem Reichsdurchschnitt.

Bei diesen Kassen wurden bei den letzten Wahlen der Generalversammlungsvertreter 148 406 Stimmen abgegeben, und zwar 129 532 von männlichen und 18 874 von weiblichen Versicherten. Die Zahlen erscheinen auf den ersten Blick groß; bezieht man sie jedoch auf die Mitgliederzahlen, so ergibt sich, daß 15,5 Proz. der männlichen und 3,5 Proz. der weiblichen Mitglieder überhaupt nur von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Nun sind allerdings nur jene Mitglieder wahlberechtigt, die volljährig, das heißt über 21 Jahre alt sind. Bei den Generalversammlungsvertreterwahlen der Krankenkassen werden aber Wählerlisten nicht geführt und wird auch in der Regel die Zahl der Wahlberechtigten nicht festgestellt. Gleichwohl ist bei einer Anzahl Kassen die Zahl der Wahlberechtigten festgestellt und bekanntgegeben worden. Es handelt sich dabei um 32 meist kleinere Kassen, die vielleicht zum Teil die Zahl der Wahlberechtigten mehr oder weniger auch nur geschätzt haben. Diese Kassen hatten zusammen 304 787 Mitglieder, und zwar 194 474 männliche und 110 313 weibliche. Es kommen daher durchschnittlich auf eine Kasse nur 9500 Mitglieder.

Bei diesen kleineren Kassen ist die Wahlbeteiligung noch eine geringere als bei den größeren. Bei ihnen gaben nur 17 983 männliche und 2353 weibliche, auf die Mitgliederzahl bezogen 9,3 Proz. der männlichen und 2,1 Proz. der weiblichen Mitglieder überhaupt, ihre Stimme ab. Die 32 Kassen hatten 147 011 männliche und 71 161 weibliche Wahlberechtigte. Es ergibt sich hieraus, daß durchschnittlich 75 Proz. der männlichen und 64 Proz. der weiblichen Mitglieder überhaupt wahlberechtigt sind. Bezieht man die bei diesen Kassen abgegebene Stimmenzahl auf die Wahlberechtigten, so ergibt sich, daß 12,2 Proz. der männlichen und 3,3 Proz. der weiblichen Wahlberechtigten sich an der Wahl beteiligt haben.

Bei den noch kleineren Kassen ist, soweit Angaben darüber vorliegen, die Wahlbeteiligung eine noch geringere. Das ist einfach darauf zurückzu-

führen, daß in den kleineren Orten und bei den kleineren Kassen der Wahlkampf weniger intensiv ist. Ueber die Wahlbewegung machten 58 Kassen Angaben. Bei 51 Kassen beteiligte sich nur eine Partei (Gruppe) an der Wahl der Versichertenvertreter, so daß bei ihnen nur eine Vorschlagsliste zur Wahl stand. In allen diesen Fällen war die Liste vom Gewerkschaftsartell der freien Gewerkschaften aufgestellt. Diese Listen wurden in der Regel glatt gewählt und es konnte in diesen Fällen von einem Wahlkampf keine Rede sein. Nur bei 7 größeren und großen Kassen rangen zwei Parteien (Gruppen) um den Sieg. Hier handelte es sich um die freien Gewerkschaften und einer Vereinigung nationaler Arbeiter. Dadurch wurde bei allen Kassen die Wahlbewegung eine lebhaftere. Dafür folgende Einzelspiele.

In Wiesbaden beteiligten sich bis zum Jahre 1908 zwei Parteien an den Wahlen. Da aber die nationalen Arbeiter fortgesetzt nur Niederlagen erlitten, verließen sie dieses Kampffeld. Seit 1910 beteiligen sich nur die freien Gewerkschaften an den Wahlen. Die Wahlbeteiligung ist seitdem eine geringe geworden. Obgleich die Kasse zirka 18 000 Mitglieder hat, wurden doch bei der letzten Generalversammlungsvertreterwahl nur 893 männliche und 115 weibliche Stimmen abgegeben. — In Braunschweig beteiligten sich früher ebenfalls mehrere Gruppen. Bei der Wahl im Oktober 1910 hatte der Reichsverband, die christlichen und die freien Gewerkschaften je eine Liste aufgestellt. Da im Herzogtum Braunschweig seit 1896 die obligatorische Krankenversicherung der Dienstboten durch Landesgesetz eingeführt ist, so hatte der Reichsverband die Dienstherrschaft veranlaßt, daß sämtliche Dienstboten zur Wahl gehen mußten. Es war eine Vertreterwahl, wie sie Braunschweig noch nicht gesehen hatte. Trotz aller Mühe und Mittel, die der Reichsverband zur Anwendung brachte, siegte aber die Liste der freien Gewerkschaften mit einer Majorität von 500 Stimmen. Das merkte sich der Reichsverband. Bei der Wahl im Oktober 1911 wurde nur eine Liste der freien Gewerkschaften bekannt. Die Wahlbeteiligung sank sofort, denn es wurden (die Kasse hat zirka 13 500 Mitglieder) nur 814 männliche und 172 weibliche Stimmen abgegeben. — In VERNBURG stellten bei der vorletzten Wahl der nationale Handlungsgesellenverband, der Kirch-Dunderferche und ein nationaler Arbeiterverein eine Liste und die freien Gewerkschaften eine Liste auf. Die Wahlbeteiligung war eine sehr große. Nachdem aber das Gewerkschaftsartell mit großer Mehrheit siegte, haben die Gegner verzichtet. Bei der letzten Wahl beteiligte sich nur das Gewerkschaftsartell; die abgegebenen Stimmen (969) waren weit weniger. — In VARMEN beteiligten sich in früheren Jahren stets zwei Gruppen: die christlichen Gewerkschaften, die immer zirka 1000, und die freien Gewerkschaften, die immer zirka 6000 Stimmen erhielten. Bei der Wahl im Jahre 1911 beteiligten sich die Christlichen jedoch nicht. Es wurden demzufolge nur 4381 Stimmen für die Liste des Gewerkschaftsartells abgegeben. Die Kasse hat zirka 44 000 Mitglieder. — In MÜNCHEN beteiligten sich in früheren Jahren in der Regel die christlichen und die freien Gewerkschaften. Bei der letzten Wahl waren jedoch nur die freien Gewerkschaften auf dem Plan. Es wurden auf deren Listen 23 750 Stimmen abgegeben. Die Kasse hat zirka 139 000 Mitglieder. — In LEIPZIG beteiligten sich auch bei der letzten Wahl im Februar

als der zweite national-polnische „Arbeiter“-Abgeordnete gewählt, jedoch mußte er hier das Mandat erst in der Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten, auf welchen in der Hauptwahl die stattliche Zahl von 14 904 Stimmen vereinigt wurde, holen, wobei ihm zum Siege die tatkräftige Unterstützung der Centrumpartei verholfen hat.

Die Polnische Berufsvereinigung, welche die national-polnische Reichstagsfraktion als ihre parlamentarische Vertretung betrachtet, hat nunmehr die große Ehre, zwei ihrer namhaften Führer als Mitglieder dieser Körperschaft zu besitzen. Sie sind jetzt vor die Alternative gestellt, zu zeigen, ob sie als die Mitglieder der Polenfraktion in der Lage sind, die Interessen der polnischen Arbeiter wahrzunehmen. Man wird bald sehen können, ob die Herren Sosinski und Nowicki gewillt sind, mit parlamentarischen Taten zu beweisen, daß es ihnen bitter ernst ist, der Not der polnischen Arbeiterschaft steuern zu wollen. Eine unheimliche Teuerung bedrückt die Arbeiterklasse des ganzen Reiches — die polnischen Arbeiter, als die im allgemeinen schlechter bezahlten Arbeiterkategorien, sind desto schlimmer daran. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben die Gewißheit, daß die sozialdemokratische Fraktion, als ihre parlamentarische Vertreterin, auch weiterhin so wie bisher ihre Schuldigkeit voll und ganz tun wird, indem sie zur Vinderung der Teuerung die Abschaffung der Agrarzölle, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Fleisch und Vieh aus dem Auslande mit allem Nachdruck verlangen wird. Es wird das für die Herren Sosinski und Nowicki eine gute Gelegenheit sein, ihr warmes Herz der angehenden Beschützer der polnischen Arbeiter zu offenbaren; es ist nur zu befürchten, daß sie sich zu einer parlamentarischen Tat des Befürwortens des gerechten Verlangens der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht aufraffen werden, dafür aber den polnischen Arbeitern Sand in die Augen streuen werden mit der Behauptung, daß sie den Grundsatz der sogenannten nationalen Solidarität, welcher für die Polenfraktion bindend ist, nicht umgehen konnten, wodurch es ihnen nicht möglich war, so zu handeln, wie das ihnen am Herzen gelegen hat.

Des gleichen Spiels kann man gewiß sein, wenn der neue Reichstag vor die ungemein wichtige Angelegenheit gestellt wird, über den Zolltarif zu entscheiden in Anbetracht dessen, daß spätestens im Jahre 1917 neue Handelsverträge zustande kommen müssen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter können wiederum sicher sein, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten so wie im Jahre 1902 ihr Möglichstes tun werden, insbesondere die die Lebenshaltung der Arbeiterklasse belastenden Agrarzölle zu bekämpfen. Die Herren Sosinski und Nowicki werden wiederum durch eine Tat, nicht durch leere Redensarten, beweisen müssen, ob sie Junker- knechte oder Freunde der polnischen Arbeiter sind. Wenn das ganze Unterfangen der Polnischen Berufsvereinigung bei dieser schwerwiegenden Angelegenheit als eine Irreführung der polnischen Arbeiterschaft, was sie in Wirklichkeit auch ist, sich zu offenbar nicht entpuppen soll, so werden die genannten Führer der Polnischen Berufsvereinigung als Mitglieder der Polenfraktion, von der schon jetzt feststeht, daß sie zum mindesten für die Beibehaltung der Agrarzölle auf der gegenwärtigen Wucherhöhe als Fraktion eintreten wird, zu wählen haben: ent-

weder beugen sie sich unter das Joch der polnischen Junker und tragen dadurch dazu bei, den Mitgliedern der Polnischen Berufsvereinigung die Augen über den wahren Charakter derselben zu öffnen, oder sie müßten den Grundsatz der sogenannten nationalen Solidarität über Bord werfen. Das letztere werden diese Herren, nach ihrem bisherigen Auftreten zu urteilen, auf keinen Fall tun. Sie sind keine Männer, um gegen den Strom zu schwimmen.

Ueber den Herrn Sosinski äußerte sich das in Oberschlesien am meisten verbreitete Centrumsorgan, der „Oberschlesische Kurier“ (Nr. 16 vom 21. Januar d. J.), vor dem Stichwahltag folgendermaßen:

„Diese Maßnahme (d. h. Wahlhilfe des Centrums) ist keineswegs diktiert von einer irgendwie gearteten Vorliebe für das radikale ober-schlesische Polentum und noch viel weniger für die Person des Herrn Sosinski. Herr Sosinski hat vielmehr in diesem Wahlkampf Versprechungen abgegeben, die rein sozialdemokratischer Natur sind. Wir wählen ihn gegen diese Versprechungen, die er in der Polenpartei nicht zu halten in der Lage ist. Herr Sosinski wird sich vielmehr wohl oder übel zu dem früher von ihm vertretenen Standpunkt besonders in wirtschaftspolitischen Hinsicht bekehren müssen. Die Polenpartei hat Fraktionszwang. Also brauchen wir uns an diesen Versprechungen des Herrn Sosinski nicht zu stoßen. Außerdem stellt es ihm auch die Verfassung frei, sein Wort zu halten oder nicht, und wir sind nicht im Zweifel darüber, was er tun wird. Ebenso ist es mit seiner versprochenen Verweigerung der Mittel für den Ausbau unserer Wehrmacht. Auch hier ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß sich die Polenpartei ihre Stellungnahme noch überlegen wird und Herr Sosinski mit ihr.“

Nun wissen wir sehr wohl, daß auch innerhalb der Polenpartei Atheismus und Freimaurerei immer größeren Boden findet. Aber Herrn Sosinski können wir in begründeter Form diesen Vorwurf nicht machen. Er ist zwar eine Wetterfahne und man könnte sich deshalb von ihm der größten Tollheiten versehen. Herr Sosinski wird nicht tun dürfen, was er will. Er, der nach allem, was man von ihm weiß, überhaupt keinen ausgesprochenen Willen hat und auch nicht über die gehörige Bildung verfügt, um eine irgendwie geartete Rolle spielen zu können, wird sich hübsch fügen müssen.“

Nicht nur Herr Sosinski, sondern auch sein Verbandskollege Nowicki werden sich den polnischen Junkern tatsächlich hübsch fügen müssen. Dies ist insbesondere in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten ganz sicher. Diese Tatsache wird die Aufklärung der jetzt noch nationalistisch denkenden polnischen Arbeiter beschleunigen helfen und sie auf den Weg der modernen Arbeiterbewegung leiten müssen.

Kattowitz (Oberschlesien). Emil Caspari.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 23 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage Nr. 5, enthaltend: „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911“, beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 48 Seiten.